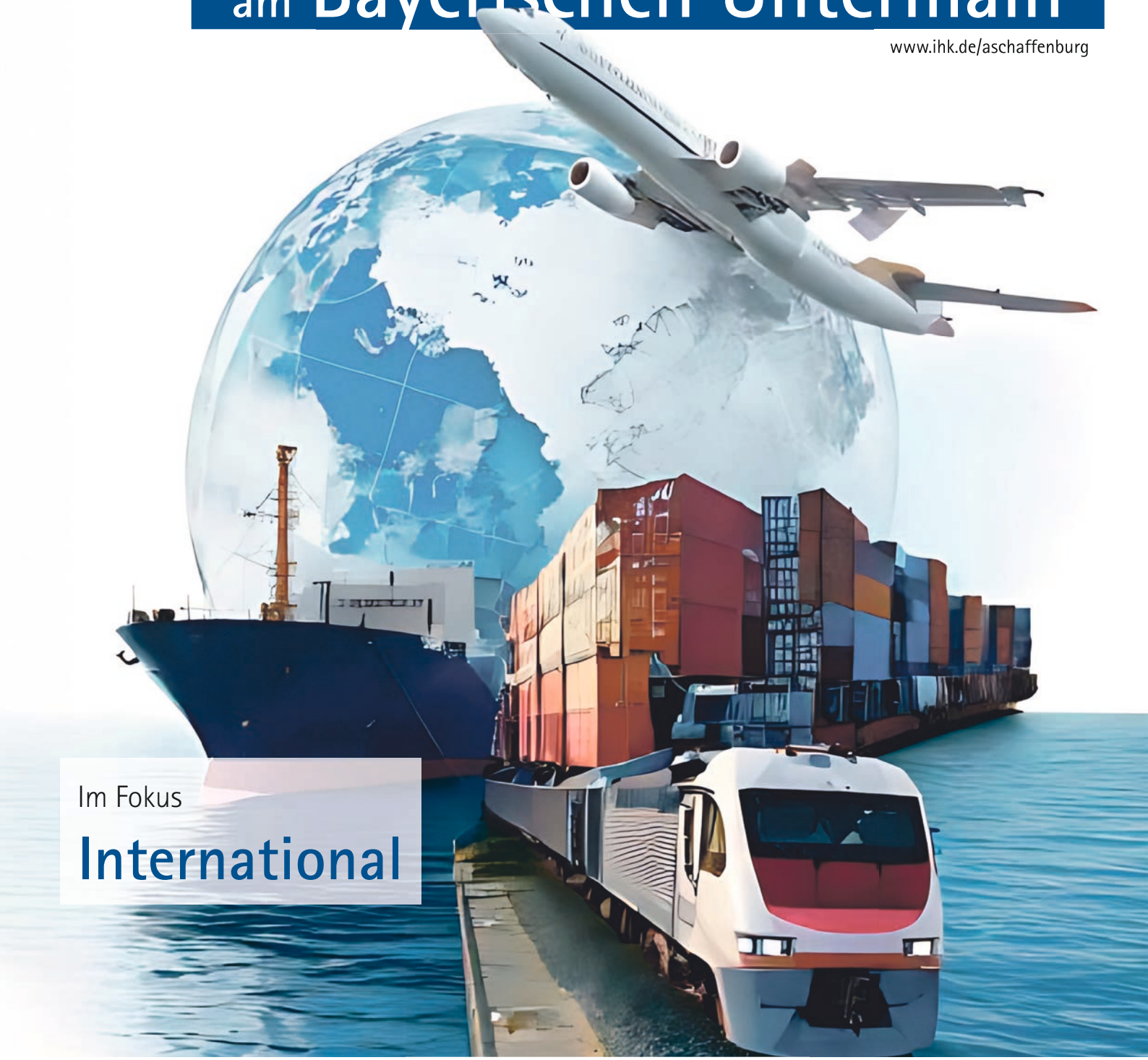
März/April 2026

Wirtschaft

am Bayerischen Untermain

www.ihk.de/aschaffenburg



Im Fokus

International

IHK Industrie- und Handelskammer **Aschaffenburg**



DER VOLLELEKTRISCHE BMW iX1!

Reine Elektromobilität im Kern der Marke BMW: Entdecken Sie mit dem vollelektrischen BMW iX1 eine neue Dimension der Freude am Fahren. Lassen Sie sich vom wegweisenden Design, einer hohen Reichweite und dem souveränen Fahrverhalten beeindrucken - und das lokal völlig emissionsfrei. Vereinbaren Sie jetzt Ihre persönliche Probefahrt. Wir beraten Sie gern unter: **sales@bmw-arnold.com**

BMW iX1 eDrive20

Leasingbeispiel der BMW Bank GmbH: 18372653

Schwarz uni, 17" Sternspeiche 864, Stoff Arktur Anthrazit, LED-Scheinwerfer, M Hochglanz Shadowline, Parking Assistant, Rückfahrkamera, Sitzheizung für Fahrer und Beifahrer, Automatische Heckklappenbetätigung, Aktiver Fußgängerschutz, BMW Live Cockpit Plus, BMW Curved Display u. v. m.

Listenpreis netto*:	42.057,98 €
Aktionspreis netto*:	**32.923,53 €**
Anzahlung netto:	**3.361,35 €**
Laufzeit:	24 Monate
Laufleistung p. a.:	5.000 km
Gesamtpreis netto:	8.584,95 €
24 monatliche netto Leasingraten á	**217,65 €**

JETZT QR-CODE SCANNEN UND DIE MyBMW APP ENTDECKEN!

BMW iX1 eDrive20i: WLTP Energieverbrauch kombiniert in kWh//100km: 17,2; WLTP CO_2-Emissionen kombiniert in g/km: 0, CO_2-Klasse: A; WLTP Elektrische Reichweite in km: 430; Spitzenleistung: 150kW / 204 PS;

Ein unverbindliches Leasingbeispiel der BMW Bank GmbH, Lilienthalallee 26, 80939 München; alle Preise zzgl. 19 % MwSt.; Stand 03/2026. Ist der Darlehensnehmer Verbraucher, besteht nach Vertragsschluss ein gesetzliches Widerrufsrecht. Nach den Darlehensbedingungen besteht die Verpflichtung, für das Fahrzeug eine Vollkaskoversicherung abzuschließen. *Inklusive 1.049,58 EUR netto ARNOLD Starter Paket (Dieses ist bei Leasing gesondert zu bezahlen); Abbildung zeigt Sonderausstattungen. Das Angebot richtet sich ausschließlich an Gewerbetreibende.

Autohaus
ARNOLD

Hermann ARNOLD GmbH www.BMW-ARNOLD.com

Firmensitz
Industriestr. 1-3
63768 Hösbach
Tel.: 0 60 21 / 59 90 - 0

Großostheimer Str. 90
63741 Aschaffenburg
Tel.: 0 60 21 / 44 242 - 0

Siemensstr. 41
63755 Alzenau
Tel.: 0 60 23 / 99 29 6 - 0

International

Wirtschaft in unruhigen Zeiten

Die Exportnation Deutschland hat mit weltweiten Turbulenzen zu kämpfen. Die Zeiten, in denen sich unsere Unternehmen am Bayerischen Untermain auf ihre Handelspartner und kalkulierbare Zölle verlassen konnten, sind vorbei. Stattdessen herrscht große Unsicherheit angesichts ständig wechselnder Zollankündigungen aus den USA. Der transatlantische Handel ist zu einer echten Herausforderung geworden. Eine Bilanz nach einem Jahr mit der neuen US-Regierung lesen Sie auf Seite 13.

In dieser Lage ist es besonders wichtig, sich mit neuen Handelspartnern zu verbünden. Das Mercosur-Abkommen sollte nun zügig umgesetzt werden. Es bietet deutschen Unternehmen einen deutlich besseren Zugang zu südamerikanischen Märkten (S. 17).

> Die Zeiten, in denen sich unsere Unternehmen am Bayerischen Untermain auf ihre Handelspartner und kalkulierbare Zölle verlassen konnten, sind vorbei.

Als „echten Gamechanger für die deutsche Wirtschaft" bezeichnet DIHK-Handelsexperte Klemens Kober das Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und Indien. Mehr dazu finden Sie in seinem Beitrag „Zwei Milliarden Gründe für ein Mega-Handelsabkommen" (S. 15). Ich kann ihm nur zustimmen: Beide Abkommen sind positive Signale in unruhigen Zeiten.

Der heimischen Industrie bereiten die anhaltenden Unsicherheiten im Exportgeschäft und die schwache Inlandsnachfrage Sorgen. Verschärft wird die Lage durch die aktuelle Entwicklung im Nahen Osten, die sich auf Energiepreise und Lieferketten auswirkt. Wie die 226 Unternehmen aus der Region, die sich an unserer Konjunkturumfrage beteiligt haben, ihre wirtschaftliche Lage bewerten, erfahren Sie im IHK-Konjunkturbericht (S. 19).

Wir brauchen dringend verlässliche Wirtschaftsbeziehungen und umfassende Reformen. Nur so können wir unsere Wettbewerbsfähigkeit stärken und Arbeitsplätze sichern.





Dr. Heike Wenzel
Präsidentin IHK Aschaffenburg

SPEZIALISTEN
EMPFEHLEN SICH

Reinigung mit Bildnachweis
- ⇨ Abdunstanlagen
- ⇨ Klimaanlagen
- ⇨ Wärmetauscher
- ⇨ Kanal TV
- ⇨ Hygiene-Reinigung

Interceil-Raab
Wildensee 95
63863 Eschau
Tel.: 09374/99914
Fax.: 09374/99916
www.interceil-raab.info

GAYK Baumaschinen GmbH
Dieselstraße 3 · 63762 Großostheim
Telefon (06026) 97885-0
E-Mail: info@gayk-baumaschinen.de
www.gayk-baumaschinen.de

Hydraulische Rammeinheiten, Rammhämmer, Pfahlzieher, Abbauhämmer, Zubehör und Reparaturen

---

IT-Häcker
Technik-Service-Partner

- **Beratung & Konzepte**
- **Administration**
- **Cloudlösungen**
- **IT-Sicherheit**
- **Datenmanagement**

Tel. 06029-989600 **Email.** info@it-haecker.de
Web. www.it-haecker.de

Maßgeschneiderte Entsorgungslösungen für eine nachhaltige Verwertung
Telefon 06021 45189-0
www.helmut-westarp.de
HELMUTWESTARP

BÄR
Zeltverleih – Getränkevertrieb
Weingroßhandel
Borsigstraße 1, 63755 Alzenau
Telefon 06023/7997/7947
Lagerzelte • Messehallen • Festzelte
Partyzelte • Festservice • Zeltheizungen

H+B Hallen- und Bodenentwicklungsgesellschaft mbH
Provisionsfreie Vermietung von Lager-/Produktions-/Gewerbe- und Büroflächen direkt vom Eigentümer
Raum Aschaffenburg/Alzenau/Obernburg
info@hundb-immo.de/www.hallen-und-boden.de
Tel: 06021/8460-27 - Fax: 06021/8460-910

STAMM
Waagen und Kassensysteme GmbH & Co. KG
Zertifiziert nach DIN ISO 9001:2015
Waagen – Prüfmittelüberwachung – Kassensysteme
Eichtermine 12. Februar 2026 und 17. März 2026
Ottostr. 14-16 · 63741 Aschaffenburg · Tel. 06021/3499-0 · www.waagen-stamm.de

---

Ihr Partner für umweltgerechtes Recycling

Annahme von
- Gebrauchtholz unbehandelt/massiv
- Gebrauchtholz beschichtet/lackiert/verleimt
- Bau- und Abbruchholz
- Holzfenster mit u. ohne Glas
- Wurzelstöcken u. Grünabfällen
- Bauschutt unbelastet

Öffnungszeiten: Mo.- Fr. 7:30 - 13:00 u. 13:40 - 16:30 Uhr, Sa. 7:30 - 11:45 Uhr

Rohstoffhandel Bernhard Westarp GmbH & Co. KG

Anlieferung im Ökopark, Germanenstr. 33, 63741 Aschaffenburg, Tel. 06021-8460-41, www.westarp-kg.de

---

GMC
QUALITÄT HEISST VERTRAUEN
Gauert Management Consulting UG
Beratung, Schulungen für Managementsysteme
T.: 06021/5834450, www.gauert-consulting.de

24-Stunden-Hydraulikservice: 06021 / 40 27-500

PHILIPPGRUPPE

- Seil- und Hebetechnik
- Hydraulik, Pneumatik, Aggregat- und Zylinderbau
- Transport- und Montagesysteme für den Fertigteilbau

PHILIPP GmbH · Lilienthalstrasse 7-9 · 63741 Aschaffenburg · Tel: 06021 / 40 27-0 · Fax: 06021 / 40 27-440
Internet: www.philipp-gruppe.de · E-mail: info@philipp-gruppe.de

3 **EDITORIAL**

International
Wirtschaft in unruhigen Zeiten

6 **IN KÜRZE**

IM FOKUS

8 Zolldokumente
Das volldigitale Ursprungszeugnis (dUZ) – Ein Meilenstein im Außenhandel



Foto: ©TST Transportlogistik

Carnet A.T.A.-Verfahren
Zollfrei mit dem Bike bis zum anderen Ende der Welt

13 USA
Ein Jahr neue US-Regierung: Herausforderung transatlantischer Handel

15 Indien
Zwei Milliarden Gründe für ein Mega-Handelsabkommen

17 Mercosur-Abkommen
EU und Südamerika rücken zusammen

UNSERE IHK

19 Konjunkturbericht Jahresbeginn 2026
Verhaltener Jahresstart: Wirtschaft tritt weiter auf der Stelle

23 PERFORM - Zukunftsregion FrankfurtRheinMain
Wie der Frankfurter Flughafen als zentraler Standortfaktor wettbewerbsfähig bleibt

25 **Wahlbotschafterin Vanessa Weber**

26 IHK-Wahl
Ausschuss stellt Weichen für die Vollversammlungswahl

28 Wirtschaftsjunioren Aschaffenburg
Große Resonanz beim Berufswegekompass in Elsenfeld

31 **IHK-Podiumsdiskussionen zur Kommunalwahl**

UNSERE WIRTSCHAFTSREGION

34 TH Aschaffenburg
25 Jahre Campus Careers

40 100 Jahre Oelze Präzisions-Messzeugfabrik GmbH
Von Holz zu Stein: Präzision in vierter Generation

41 **UNSER SERVICE**



Weltweiter Handel

Fotos: ©MRSUTIN/adobe stock.com

facebook.com/ihkaschaffenburg

www.instagram.com/ihkaschaffenburg

linkedin.com/company/ihkaschaffenburg

DIHK-Umfrage: Digitale Souveränität unter Druck

Von Hardware über KI bis hin zu Betriebssystemen: Die Mehrheit der deutschen Unternehmen ist nach eigener Einschätzung weitgehend oder vollkommen abhängig von Technologien, Innovationen oder Dienstleistungen aus Nicht-EU-Ländern. Das hat die Digitalisierungsumfrage 2026 der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK) ergeben. Diese Abhängigkeit sei „ein Problem für unsere digitale Souveränität", sagt DIHK-Digitalexperte Dirk Binding. „Gerade vor dem Hintergrund geopolitischer Verschiebungen sehen wir hier dringenden Handlungsbedarf. Die Möglichkeiten sind da, deutsche Unternehmen können Digitalisierung, wir haben die Kompetenzen. Die Betriebe brauchen aber auch den Freiraum, sich entwickeln zu können." Wichtig auf dem Weg zur digitalen Souveränität seien vor allem bessere Rahmenbedingungen. „Speziell für die künstliche Intelligenz und Datennutzung brauchen wir einen praxisnahen und konsistenten Rechtsrahmen damit Unternehmen KI-Technologien effizient einsetzen können", so Binding.

Zur DIHK-Digitalisierungsumfrage: www.dihk.de.

Deutsche Wirtschaft bei Entwicklungspolitik einbinden

Anlässlich der vom Bundesentwicklungsministerium (BMZ) vorgestellten Reform der deutschen Entwicklungspolitik fordert die Deutsche Industrie und Handelskammer (DIHK) eine stärkere Einbindung der deutschen Wirtschaft in die Entwicklungszusammenarbeit. Deren Verzahnung mit der Außenwirtschaftsförderung sei „nicht nur für unsere Unternehmen von großer Relevanz – sie ist auch bedeutend für ein schlüssiges Erscheinungsbild Deutschlands in den Partnerländern", sagt DIHK-Außenwirtschaftschef Volker Treier. Andere Länder würden mit der Entwicklungszusammenarbeit gezielt nationale wirtschaftliche Interessen durchsetzen – mit klaren Prioritäten auf Handel und Investition. In den EU-Ländern etwa flössen durchschnittlich mehr als 30 Prozent der Ausgaben für die Entwicklungszusammenarbeit den eigenen Unternehmen zu, in Japan sogar über 70 Prozent. In Deutschland liege dieser Wert deutlich darunter. "Hier sollten wir im Interesse unserer Unternehmen aufholen und sie besser in die Entwicklungspolitik einbinden", so der DIHK-Außenwirtschaftschef.

Weitere Informationen: www.dihk.de

DIHK warnt vor höherer Erbschaftsteuer für Betriebsübergaben

Die Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK) hat vor höheren Belastungen bei der Übertragung von Betriebsvermögen gewarnt. Zu den von der SPD vorgelegten Vorschlägen zur Reform der Erbschaftsteuer sagte DIHK-Chefanalyst Volker Treier: "Viele der von Eigentümern und Familien geführten Unternehmen in Deutschland würden zusätzlich belastet." Das sei "Gift für den Investitionsstandort Deutschland". Der vorgesehene Freibetrag für Unternehmen von fünf Millionen Euro wäre unverhältnismäßig niedrig, so dass in den meisten Fällen erhebliche Steuerzahlungen fällig würden. Bei einer Bewertung von Betrieben wäre der Freibetrag schnell erreicht, wenn Gewerbegrundstücke, Fabrikgebäude, Fertigungsanlagen, Lagerhallen, der Fuhrpark und andere Betriebsbestandteile an die nächste Generation übertragen werden. Die vorgeschlagenen Größenordnungen zeigen nach den Worten von Treier, "dass hier wenig bis kein Verständnis für den Mittelstand und die Unternehmensstruktur in Deutschland vorhanden ist". Es entspreche auch nicht den Tatsachen, dass große Betriebsvermögen unter der aktuellen Regelung systematisch weniger Erbschaft- und Schenkungsteuer zahlen würden als kleinere Betriebe. "Auch die vorgesehenen Stundungsmöglichkeiten helfen der nächsten Generation von Unternehmerinnen und Unternehmern wenig, weil über einige Jahre gestreckt abzutragende Steuerschulden jede Finanzierung von Investitionen deutlich erhöhen werden", so Treier. "In der betrieblichen Praxis werden die Vorschläge mit großer Sorge wahrgenommen." Das sei in der aktuell herausfordernden Lage für viele mittelständische Unternehmen ein völlig falsches Signal.

Weitere Informationen: www.dihk.de

Sicherheit und Verteidigung brauchen eine starke Wirtschaft – und umgekehrt

Sicherheits- und Verteidigungspolitik sind für die Wirtschaft ein zunehmend wichtiger Standortfaktor. Umgekehrt kann der Staat seine hier gestiegenen Herausforderungen nur mit einer starken wirtschaftlichen Basis meistern. Das hat DIHK-Präsident Peter Adrian bei der DIHK-Konferenz „Sicherheits- und Verteidigungspolitik als Standortfaktor – Herausforderungen und Chancen für Wirtschaft und Staat" in Berlin betont. An der Veranstaltung nahm unter anderem auch Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius teil. „Sicherheits-, Verteidigungs- und Wirtschaftspolitik sollten konsequent zusammengedacht werden", so Adrian. „Die Wirtschaft ist bereit, ihren Beitrag zu leisten. Die Strategie der Gesamtverteidigung wird nur funktionieren, wenn die deutsche Wirtschaft in allen Gefahrenlagen handlungsfähig ist." Angesichts zunehmender Angriffe auf kritische Infrastruktur fordert die DIHK, staatliche Rahmenbedingungen schneller und praxistauglicher zu gestalten. Entscheidend seien beschleunigte Planungs- und Genehmigungsverfahren, weniger bürokratische Hürden wie langwierige Sicherheitsüberprüfungen sowie klare und moderne Regeln für Reservisten- und Wehrdienst.

Weitere Informationen: www.dihk.de

Neuer Leitfaden soll Betrieben den Einstieg in die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie erleichtern

Mit „Einstieg in die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie" hat der DIHK Verlag einen kompakten Leitfaden veröffentlicht, der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) sowie Start-ups den Zugang zum Beschaffungsmarkt der Bundeswehr erleichtern soll. Die Publikation erklärt verständlich, wie Vergabe- und Beschaffungsprozesse in der Bundeswehr organisiert sind und welche Anforderungen auf potenzielle Partnerunternehmen zukommen.

Der Leitfaden zeigt auf, wie Firmen prüfen können, ob eine Zusammenarbeit mit der Bundeswehr oder mit größeren Akteuren der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie für sie infrage kommt. Zudem erläutert er, welche Chancen sich durch neue gesetzliche Erleichterungen eröffnen und wie sich KMU strategisch auf dem Markt positionieren können.

Beschrieben werden unter anderem die Strukturen der Bundeswehr-Beschaffungsorganisation, relevante rechtliche Rahmenbedingungen sowie konkrete Wege in die Branche – von Kooperationen mit Systemhäusern über notwendige Zertifizierungen bis hin zu Förderprogrammen, Beratungsangeboten und zentralen Kontaktstellen.

Der Leitfaden ist erhältlich unter: www.dihk-verlag.de.

NEUES AUS BERLIN UND BRÜSSEL

Mindestlohnerhöhung betrifft die Hälfte aller Unternehmen

Die Erhöhung des Mindestlohns zum 1. Januar 2026 auf 13,90 Euro pro Stunde betrifft jedes zweite Unternehmen in Deutschland. Das zeigt eine aktuelle Umfrage der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK) unter fast 15.000 Betrieben. Dabei wird deutlich: Nicht nur direkt betroffene Arbeitgeber, die selbst Angestellte zum Mindestlohn beschäftigen, müssen Löhne anheben, sondern auch viele weitere Betriebe sehen sich dazu gezwungen. „Eine Mindestlohnerhöhung verändert die gesamte Lohnstruktur, und zwar nicht nur in den unteren Lohngruppen", erklärt DIHK-Präsident Peter Adrian. „Etliche Arbeitgeber sehen sich veranlasst, auch Löhne, die über dem Mindestlohn liegen, anzupassen, um einen entsprechenden Abstand zum Mindestlohn beizubehalten." Direkt betroffen von der Mindestlohnerhöhung ist laut Umfrage rund jedes vierte Unternehmen. In der Gastronomie beschäftigt sogar jeder zweite Betrieb Angestellte zum Mindestlohn, im Handel jeder dritte. Hier sieht sich besonders der Einzelhandel (38 Prozent) Lohnsteigerungen und damit einem deutlichen Anstieg der Arbeitskosten gegenüber. Die Bauwirtschaft ist mit 17 Prozent am wenigsten betroffen. Über alle Branchen hinweg berichten 40 Prozent der Befragten, auch die Löhne in höheren Lohngruppen anzuheben. In der Industrie ist es sogar fast jeder zweite. Insgesamt gibt die Hälfte aller Unternehmen an, entweder direkt oder indirekt von der Mindestlohnerhöhung betroffen zu sein. Um die steigenden Personalkosten auszugleichen, planen rund 40 Prozent der Befragten, ihre Preise zu erhöhen. 13 Prozent beabsichtigen, Personal abzubauen – im Einzelhandel und im Gastgewerbe sind es sogar über 20 Prozent. Mit einer Einschränkung von Produktion und Dienstleistung wollen nur 7 Prozent der Unternehmen reagieren.

Weitere Informationen unter www.dihk.de ■



Foto: freepik.com/ ededchechine

Was für eine wettbewerbsfähige Kreislaufwirtschaft in Europa wichtig ist

Mit dem geplanten „Circular Economy Act" will die EU eine zentrale Weichenstellung für Ressourceneffizienz und Abfallvermeidung vornehmen. Das Gesetzgebungspaket soll dafür sorgen, dass Produkte langlebiger werden, Materialien stärker wiederverwendet werden und Sekundärrohstoffe leichter am Markt zirkulieren können. In zehn Leitsätzen zeigt die Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK), welche Rahmenbedingungen notwendig sind, damit der Circular Economy Act wirksam werden kann, ohne Unternehmen zu überfordern. Dazu gehören verlässliche Regeln, weniger Bürokratie, funktionierende Märkte für Sekundärrohstoffe und ein starker europäischer Binnenmarkt. Die DIHK zeigt auf: Die Kreislaufwirtschaft eröffnet neue Chancen – setzt aber zugleich voraus, dass politische Vorgaben realistisch gestaltet sind und betriebliche Abläufe nicht unnötig belasten.

Die zehn Leitsätze zur Kreislaufwirtschaft unter: www.dihk.de. ■

MINTmachtage 2026: Bundesweiter Aktionstag am 16. Juni

Am Dienstag, 16. Juni, beteiligen sich Kitas, Horte und Grundschulen in ganz Deutschland am Aktionstag „MINTmachtage" der Stiftung Kinder forschen. „Frühzeitige MINT-Bildung bei Kindern stärkt Kompetenzen, die später zu Innovation, Wettbewerbsfähigkeit und Fachkräftesicherung in Unternehmen beitragen", sagt Jana Heiberger, Referatsleiterin Berufsorientierung, Berufsschule und MINT-Förderung bei der Deutschen Industrie- und Handelskammer. Das Jahresmotto „Sag mal Aaah! Gesund in die Zukunft" rückt kindgerechte Zugänge zu Medizin, Gesundheit und Technik in den Mittelpunkt und motiviert zu eigenen Forscheraktionen vor Ort. Unternehmen und regionale Partner sind eingeladen, lokale Aktionen am 16. Juni zu unterstützen – etwa durch gemeinsame Forscherfeste oder praxisnahe Einblicke in Technologien. Für die Vorbereitung können Einrichtungen ab dem 23. Februar kostenfreie Aktionsmaterialien bestellen. Zahlreiche IHK-Netzwerke und Partner weisen bereits auf Termine rund um den Aktionstag hin, die Sichtbarkeit für MINT-Themen und Engagement vor Ort schaffen.

Weitere Informationen und Bestellmöglichkeiten unter www.mintmachtage.de. ■





Foto: ©Frengki/KI-generiert/adobe stock.com

Zolldokumente

Das volldigitale Ursprungszeugnis (dUZ) – Ein Meilenstein im Außenhandel

In Deutschland werden jedes Jahr rund eine Million Ursprungszeugnisse von den Industrie- und Handelskammern ausgestellt. Nun erreicht die Digitalisierung einen weiteren Kernbereich des internationalen Warenverkehrs: Ab sofort steht deutschen Unternehmen mit dem volldigitalen Ursprungszeugnis (dUZ) erstmals eine vollständig digitale, fälschungssichere öffentliche Urkunde zur Verfügung. Damit wird ein weiterer Schritt in Richtung moderner und effizienter Außenhandelsprozesse vollzogen. Entwickelt wurde das System von der IHK Gesellschaft für Informationsverarbeitung mbH in Zusammenarbeit mit den Industrie- und Handelskammern München und Oberbayern sowie Koblenz – und in enger Abstimmung mit Pilotunternehmen. Nach erfolgreicher Testphase ist das dUZ seit September 2025 bundesweit in allen Industrie- und Handelskammern im Einsatz.

Ursprungszeugnisse – klein, aber entscheidend

Diese Dokumente bestätigen den handelspolitischen Ursprung einer Ware und sind in vielen Ländern zollrechtliche Voraussetzung für die Einfuhr oder den Erhalt von Handelsvorteilen. Auch Banken verlangen sie im Rahmen von Akkreditiven oder Finanzierungen. Damit gehören Ursprungszeugnisse zu den zentralen Dokumenten im internationalen Handel.

Von der elektronischen zur volldigitalen Lösung

Bislang wurden Ursprungszeugnisse in Deutschland überwiegend elektronisch (eUZ) über das zentrale Portal eUZweb beantragt und ausgestellt. Unternehmen registrieren sich dort über ihre zuständige IHK, reichen Anträge samt erforderlicher Nachweise ein und erhalten nach Prüfung durch die IHK ein elektronisch signiertes Ursprungszeugnis als PDF. Dieses wurde bisher zusätzlich auf amtlichen Formblättern ausgedruckt – ein notwendiger Medienbruch im ansonsten digitalen Prozess. Mit der Einführung des dUZ entfällt dieser Schritt komplett. Die Urkunde liegt nun erstmals vollständig digital vor und kann direkt genutzt werden. Ausdrucke sind weiterhin möglich, jedoch nicht mehr auf den amtlichen Formblättern, sondern versehen mit einem sichtbaren Wasserzeichen.

Rechtssicherheit und internationale Anschlussfähigkeit

Ursprungszeugnisse gelten in Deutschland als öffentliche Urkunden. Ihre Digitalisierung erforderte daher ein besonders hohes Sicherheitsniveau. Jedes dUZ wird mit einer qualifizierten elektronischen Signatur

eines IHK-Mitarbeitenden versehen, die die handschriftliche Unterschrift rechtssicher ersetzt. Grundlage dafür ist die eIDAS-Verordnung (EU) Nr. 910/2014. Darüber hinaus erhält jedes Dokument eine eindeutige Seriennummer sowie einen individuellen Verifizierungscode. Über das Verifizierungsportal der deutschen IHKs (https://cert.ihk.de) können Zollbehörden, Banken oder Geschäftspartner weltweit die Echtheit jederzeit prüfen. Damit erfüllt das dUZ auch internationale Standards, insbesondere die Vorgaben der überarbeiteten Kyoto-Konvention der Weltzollorganisation (WCO).

Digitalisierung als Effizienzgewinn

Das dUZ vereinfacht den Antrags- und Prüfprozess erheblich, reduziert den administrativen Aufwand und erhöht zugleich die Sicherheit im internationalen Warenverkehr. Unternehmen profitieren von schnelleren Abläufen, einer medienbruchfreien Dokumentation und einer jederzeit überprüfbaren Rechtssicherheit. Damit zeigt sich auch, dass selbst kleine, aber zentrale Dokumente einen großen Beitrag zur Digitalisierung und Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Außenhandels leisten können.
Quelle: Oberfränkische Wirtschaft - IHK für Oberfranken Bayreuth

Das elektronische Ursprungszeugnis kann seit 2013 beantragt werden, das volldigitale Ursprungszeugnis seit September 2025. Bei der IHK Aschaffenburg wurden 2025 insgesamt 6922 Ursprungszeugnisse beantragt. Besonders nachgefragt waren die Bescheinigungen für die Länder Türkei, Ukraine, China. ■

Ansprechpartnerinnen bei der IHK Aschaffenburg:
Christiane Stock, Telefon 06021 880-133,
E-Mail: stock@aschaffenburg.ihk.de
Susanne Wayman, Telefon 06021 880-123,
E-Mail: wayman@aschaffenburg.ihk.de

Carnet A.T.A.-Verfahren

Zollfrei mit dem Bike bis zum anderen Ende der Welt

Mit dem Carnet A.T.A., das inzwischen ausschließlich digital beantragt wird, lässt sich Ware vorübergehend zollfrei über internationale Grenzen befördern. Der „Reisepass für Waren" wird unter anderem für den Transport von Werkzeugen bei Montageeinsätzen genutzt. Unternehmen versenden Warenmuster von Modekollektionen oder auch große Maschinenbauanlagen, die für kurze Zeit auf internationalen Ausstellungen oder Messen präsentiert werden, mit dem Carnet A.T.A.-Verfahren.

Von Zeit zu Zeit gibt es auch besonders exotische Aufträge, für die Carnets benötigt werden. Torsten Schönwiese, Inhaber der TST Transportlogistik in Alzenau, transportierte Ende vergangenen Jahres zwei Honda Adventure Sports-Motorräder nach New Zealand. Die Influencerin und Abenteurerin Ann-Kathrin Bendixen war dort auf den „heißen Öfen" unterwegs. Für Torsten Schönwiese, der selbst im Laufe der Jahre mehr als eine Million Kilometer gefahren ist, war der Auftrag, die beiden exklusiven Bikes sicher ans andere Ende der Welt zu schicken, etwas Besonderes.

Die TST Transportlogistik ist ein spezialisierter Frachtführer mit eigenem Fuhrpark und 8000 Quadratmeter Lagerfläche. Dort werden Schwertransporte mit Spezialfahrzeugen, die nach Kundenwunsch konzipiert werden, global organisiert und durchgeführt.

Innerhalb eines Jahres kommt Carnet-Ware normalerweise wieder unverändert zurück und Unternehmen haben mit dem Verfahren Zollformalitäten sowie Zölle und Steuern gespart. Die IHK Aschaffenburg als ausstellende Behörde unterstützt und begleitet Unternehmen bei der Erstellung und Abwicklung von Carnets in Zusammenarbeit mit dem Zollamt Aschaffenburg. ■



Influencerin Ann-Kathrin Bendixen mit ihrem Vater Jan Cordes.



Die Motorräder werden für den Weitertransport sicher verladen. Fotos: ©TST Transportlogistik

Arbeitskreis International

Die sich immer stärker auswirkende Globalisierung, die Erweiterung der Europäischen Union und das daraus resultierende Ziel, die Erschließung neuer Märkte, sind Themen des Arbeitskreises International der IHK Aschaffenburg. Auch geltende Zollbestimmungen werden erörtert. Der Fokus richtet sich dabei vom Vertrieb über die Auftragsbearbeitung und den Versand bis hin zum Eintreffen der Ware beim Empfänger.

Der Arbeitskreis International setzt sich zusammen aus Zollbeauftragten, Logistikverantwortlichen und Exportfachleuten von IHK-Mitgliedsunternehmen und trifft sich zwei bis drei Mal im Jahr zum fachlichen Austausch oder zu Fachvorträgen.

Haben Sie Interesse an einer aktiven Mitarbeit im Arbeitskreis International? *Dann melden Sie sich bei Susanne Wayman, Telefon 06021 880-123, E-Mail: wayman@aschaffenburg.ihk.de* ■

Weitere Informationen:

Globaler Wettbewerb

Abhängigkeiten runter, Wachstum rauf

Europa und Deutschland stehen im globalen Wettbewerb mit den Großmächten USA und China unter erheblichem Druck. Für Unternehmen bedeutet dies neue Herausforderungen, aber auch Chancen: Ob bei der Diversifizierung von Lieferketten, strategischen Partnerschaften oder grünem Wachstum. Melanie Vogelbach, Bereichsleiterin internationale Wirtschaftspolitik bei der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK), erläutert, wie der Mittelstand Abhängigkeiten senken, neue Märkte erschließen und international wettbewerbsfähig bleiben kann.



Foto: ©freepik.com/elfranckito

Wo stehen Europa und insbesondere Deutschland im Wettbewerb der großen Mächte USA und China – und was heißt das ganz praktisch für die Unternehmen hierzulande?

Europa und besonders Deutschland stehen in einem intensiver werdenden Wettbewerb zwischen den USA und China. Beide Großmächte setzen strategisch auf technologische Führerschaft, geopolitischen Einfluss und die Sicherung von Schlüsselindustrien. Für Deutschland als starke, exportorientierte Volkswirtschaft bedeutet das: Wir können nicht nur von der Seite aus zusehen, sondern sind direkt betroffen – sowohl durch globale Lieferketten als auch politische Rahmenbedingungen wie Handelsrestriktionen oder Subventionsprogramme. Unternehmen hierzulande müssen deshalb ihre Geschäftsmodelle robuster und flexibler gestalten. Dazu gehört die Diversifizierung von Märkten und Lieferketten, um Abhängigkeiten zu reduzieren, „Local-for-local"-Strategien sowie stärkere Investitionen in Zukunftstechnologien.

Stichwort Risikoreduzierung bei China-Abhängigkeiten: Was liegt bei den Unternehmen, wo kann der Staat sinnvoll flankieren? Welche ersten Schritte sind realistisch, ohne den Handel abzubrechen?

Die Unternehmen sind sich der Risiken bewusst und ergreifen bereits Maßnahmen, um Abhängigkeiten zu reduzieren. In Umfragen berichten uns jedoch über 80 Prozent der Unternehmen von Herausforderungen bei der Diversifizierung. Jeder zweite Betrieb hat Probleme, passende Lieferanten zu finden. Jedes dritte Unternehmen beklagt wachsende Rechts- und Regulierungsprobleme. Es braucht schnellere und umfassende Handelsabkommen, einen spürbaren Abbau der Bürokratie in der Außenwirtschaft und in der Praxis anwendbare Vorgaben bei den Sorgfaltspflichten. Ellenlange Fragekataloge verbessern die Lieferketten-Resilienz nicht und erschweren es unseren Unternehmen, auch in risikoreicheren Märkten aktiv zu werden.

Kommen wir auf Importabhängigkeiten von China zu sprechen: Bei welchen Produkten sind deutsche Firmen besonders verwundbar – und wie lassen sich diese Risiken konkret verringern?

Insgesamt sind laut EU-Kommission nur sechs Prozent aller Importe von strategischen Abhängigkeiten betroffen, ein Drittel davon sind kritische Rohstoffe. Allerdings haben die Unterbrechungen in den Lieferketten aufgrund von Exportrestriktionen bei seltenen Erden und anderen kritischen Rohstoffen noch einmal die Abhängigkeiten gegenüber China verdeutlicht. Fast die Hälfte der weltweiten Rohstoffverarbeitung findet in China statt. Um diese Abhängigkeiten zu verringern, braucht es vertiefte Partnerschaften mit anderen rohstoffreichen Partnern unter starker Einbindung der Wirtschaft. Der Rohstoff-Fond der Bundesregierung kann hier flankieren. Es braucht aber auch privates Kapital, zum Beispiel über Private-Public-Partnerships. Diese Investitionen würden nicht nur unsere Abhängigkeiten verringern,

sondern könnten über die Entwicklungszusammenarbeit auch die lokale Wertschöpfung stärken.

Wie wirken chinesische Subventionen, Überkapazitäten und ein schwacher Yuan auf deutsche Exporte – und wie reagieren Unternehmen darauf?

Die deutsche Exportwirtschaft steht wegen all dieser Punkte unter Druck. China hat Deutschland – auch aufgrund wettbewerbsverzerrender Maßnahmen seitens der Regierung – in den vergangenen Jahren erhebliche Anteile auf dem Weltmarkt abgenommen und zugleich stark an Bedeutung für deutsche Exporte verloren. Ein zentrales Thema ist der schwache Yuan: Experten zufolge ist der Yuan gegenüber dem Euro deutlich unterbewertet – ein großer Kostenvorteil für chinesische Exporteure gegenüber westlichen Konkurrenten. Der Wechselkurs wird von der chinesischen Zentralbank kontrolliert und entwickelt sich nicht frei nach Marktkräften. Trotz aller Herausforderungen bleibt China nicht nur ein zentraler Markt, sondern wird auch ein immer wichtigerer Innovations- und Technologiepartner. Dementsprechend müssen diese wettbewerbsverzerrenden Maßnahmen auf Regierungsebene offen angesprochen und gelöst werden.

Mittlerweile gilt China als Innovations-Treiber statt als Kopierer – wie bleiben deutsche Unternehmen wettbewerbsfähig?

Viele Unternehmen berichten, dass sie in China nur mit zusätzlichen Investitionen vor Ort wettbewerbsfähig bleiben können. Zudem ist China längst nicht mehr nur Werkbank, sondern – wie Sie sagen, Innovator. Auch unsere Unternehmen in China profitieren von der Innovationskraft vor Ort. Wir müssen nur darauf achten, dass der Innovations- und Wissensaustausch beiderseitig vorteilhaft und transparent bleibt und geistiges Eigentum geschützt wird.

Wechseln wir von China thematisch zu den USA: Wie wirkt sich die aktuelle US-Handelspolitik auf deutsche Exporteure aus?

Die aktuelle US-Handelspolitik setzt deutsche Exporteure erheblich unter Druck. Seit April 2025 verzeichnen wir pro Monat rund eine Milliarde Euro weniger deutsche Exporte in die USA, insbesondere aufgrund der Zollpolitik. Der jüngste EU-USA-Deal ist aus Sicht der meisten Unternehmen unzureichend und kann nur ein erster Schritt sein. Besonders belastend sind weiterhin die Stahl- und Aluminiumzölle auf verarbeitete Produkte. Hier führt die rechtliche Unsicherheit im Zollverfahren zu erheblichen Problemen. Der bürokratische Aufwand ist enorm – selbst für einfache Produkte wie eine Stahlschraube. Hinzu kommt eine hohe handelspolitische Unsicherheit: Sektorale Zoll-Untersuchungen laufen weiter, Gerichtsverfahren und Abstimmungen im EU-Parlament stehen noch aus. Das sorgt für Zurückhaltung bei Investitionen.

Wie sollte Deutschland seine eigene Offenheit strategischer managen, ohne in Protektionismus zu verfallen?

Jeder vierte deutsche Job hängt am Export, in der Industrie sogar jeder zweite. Der weltweite Einsatz der Bundesregierung für offenen und regelbasierten Handel bleibt für die deutsche Wirtschaft unerlässlich. Dazu gehört auch, dass die EU sich nicht abschottet. Gleichzeitig gilt es, sich an das New Normal im Außenhandel anzupassen: Unsere beiden wichtigsten Handelspartner halten sich nicht an vereinbarte Regeln und nutzen verstärkt wirtschaftliche Erpressung gegen Europa. Daher hat der Abbau von strategischen Abhängigkeiten höchste Priorität, um Europa souveräner aufzustellen.

Verschiebungen in den Märkten: Wenn sich die USA teils zurückziehen – wo entstehen Chancen für die EU und deutsche Unternehmen?

Der zunehmende US-Protektionismus widerspricht dem regelbasierten Welthandel. Die EU reagiert mit einer aktiven Handelspolitik und sucht neue Freihandelspartner – etwa in Südostasien, Indien oder den Mercosur-Staaten. Diese Märkte bieten Wachstumspotenzial und können Abhängigkeiten reduzieren. Darüber hinaus entstehen Chancen in Afrika, wo die Nachfrage nach Infrastruktur, Maschinenbau und grünen Technologien stark wächst.

US-Industriepolitik und „Buy American": Wie positionieren sich deutsche Unternehmen, wenn die USA ihre Industrie fördern und öffentliche Aufträge stärker lokal ausrichten?

Die „Buy American"-Regelungen sind seit Langem ein Hemmnis für deutsche Unternehmen vor Ort. In unserem aktuellen AHK World Business Outlook nennt dies jedes fünfte deutsche Unternehmen in den USA als Problemfaktor. Trotzdem setzen deutsche Unternehmen zunehmend auf das Prinzip „lokal für lokal": Produktion und Wertschöpfung vor Ort, um Zugang zu Märkten und öffentlichen Aufträgen zu sichern. Das verändert aber auch Wertschöpfungsketten – mehr Investitionen in US-Standorte und weniger Exporte aus Europa. Für Europa und Deutschland heißt das: Wir müssen unsere Wettbewerbsfähigkeit stärken, um im globalen Standortwettbewerb mitzuhalten. Gleichzeitig sollten wir die Chancen nutzen, die sich aus der US-Industriepolitik ergeben – etwa Kooperationen im Bereich grüner Technologien, Wasserstoff und Digitalisierung, wo deutsche Unternehmen führend sind.

Welche pragmatischen Schritte empfehlen Sie Mittelständlern, um Abhängigkeiten zu senken und Wachstum zu sichern?

Nach der Pandemie haben kleine und mittlere Unternehmen bereits einiges unternommen, um Abhängigkeiten zu senken. Viele stellen ihre Zuliefernetzwerke breiter auf oder bauen ihre Lager aus, um kurzfristige Ausfälle zu kompensieren. Gleichzeitig sind höhere Lagerbestände auch mit Kosten verbunden. Hier sollte die EU die Unternehmen durch steuerliche Anreize oder Erleichterungen unterstützen, statt auf eine staatliche Bevorratung bei den kritischen Produkten zu setzen. Unser Netzwerk der Außenhandelskammern (AHKs) unterstützt deutsche Unternehmen dabei, neue Märkte und Partner zu erschließen. Der Diversification-Desk der AHK Greater China beispielsweise berät deutsche Unternehmen dabei, seine Abhängigkeiten durch China+1 Modelle zu mindern.

Mit welchen Ländern sollte die EU jetzt handelspolitisch stärker zusammenarbeiten?

Die EU hat endlich den Handelspolitik-Turbo eingelegt. Jetzt gilt es Nägel mit Köpfen zu machen: Viele Unternehmen hoffen deshalb, dass das Mercosur-Abkommen nun rasch angewendet werden kann; nach Abschluss der Verhandlungen mit Indien und Indonesien müssen diese Abkommen, aber auch jene mit Mexiko und der Schweiz, rasch ratifiziert werden. Auch Abkommen mit Thailand, Malaysia, den Philippinen, dem Vereinigten Königreich, Australien und den Vereinigten Arabischen Emiraten sollten zügig abgeschlossen werden. Zudem sollte die EU sich auf Nachbarländer und auf eine engere Zusammenarbeit mit der Transpazifischen Partnerschaft (CPTPP) fokussieren.

Interview: Heike S. Horres ■

Zahlungsverkehr

Was bringt der digitale Euro?

ALEXANDER DERN, DIHK

Mit dem digitalen Euro möchte die EU eine Ergänzung zum Bargeld einführen, die unter anderem Vorteile für Resilienz, Kosten und Datenschutz bieten kann. Doch es gibt, gerade für Banken und Unternehmen, auch Herausforderungen und offene Fragen. Wie es um das Projekt bestellt ist, was es konkret für Unternehmen bedeutet und wie es weitergeht.



Foto: ©Murrstock/adobe stock.com

Die Digitalisierung erfasst alle Lebensbereiche. Besonders deutlich wird das im stetig steigenden Anteil des digitalen Zahlungsverkehrs gegenüber Barzahlungen. Vor diesem Hintergrund prüfen Politik und Zentralbanken die Einführung eines digitalen Euro als Zahlungsmittel.

Mit dem Abschlussbericht für die Vorbereitungsphase hat die Europäische Zentralbank (EZB) im Oktober 2025 eine konkrete Diskussionsgrundlage vorgelegt, die nun auf EU-Ebene im Rat und Parlament diskutiert wird.

Ergänzung zum physischen Bargeld

Aber was bringt der digitale Euro? Zunächst: Er ist nicht dazu gedacht, das Bargeld abzuschaffen. Bargeld soll weiterhin verfügbar bleiben und weitgehend wie bisher genutzt werden können. Der digitale Euro ist vielmehr als Ergänzung zum physischen Bargeld vorgesehen.

Er selbst besitzt keine physische Form, ermöglicht aber – anders als Überweisungen oder herkömmliche elektronische Zahlungen – Transaktionen in digitalem Zentralbankgeld, sogenanntem CBDC („Central Bank Digital Currency"). Während etwa Kryptowährungen oder Stablecoins von privaten Unternehmen ausgegeben werden, steht hinter einer CBDC die entsprechende Nation oder – wie beim digitalen Euro – eine Staatengemeinschaft, sodass sie eine sichere, zentrale Alternative darstellt.

Beitrag zur Resilienz

Der heutige unbare Zahlungsverkehr basiert überwiegend auf Buchgeld und involviert zahlreiche private, häufig nicht-europäische Akteure wie Banken, Zahlungsdienstleister, Kartenanbieter, Betreiber von Kartenlesegeräten oder Anbieter mobiler Bezahldienste. Gerade die Abhängigkeit von außereuropäischen Unternehmen führt zu einer strukturellen Verwundbarkeit im Krisenfall.

Im Zuge des gestiegenen politischen Interesses an Resilienz und strategischer Autonomie wächst deshalb das Interesse an einem europäisch kontrollierten digitalen Zahlungsmittel: Der digitale Euro könnte solche Abhängigkeiten verringern und so die monetäre Souveränität und die strategische Handlungsfähigkeit des Euroraums stärken.

Niedrigere Kosten

Ein weiterer Aspekt betrifft die Kostenstruktur. Kartenzahlungen und andere private Zahlungsdienste verursachen je nach Transaktionsart teils erhebliche Gebühren. Dies belastet insbesondere Handel und Unternehmen, zumal Verbraucherinnen und Verbraucher unbare Zahlungsformen zunehmend erwarten. Der Bundesbank-Studie „Zahlungsverhalten in Deutschland" zufolge wurde im Jahr 2023 rund die Hälfte aller Transaktionen unbar ausgeführt; gemessen am Umsatz lag der Anteil bei 74 Prozent. Die EZB strebt mit dem digitalen Euro eine kostengünstige, im gesamten Euroraum akzeptierte Zahlungsoption an, die den Wettbewerb stärkt und Unternehmen entlastet.

Hohes Datenschutzniveau

Ein drittes zentrales Argument betrifft den Datenschutz. Gegenwärtig durchlaufen Zahlungsdaten bei jeder Transaktion zahlreiche Stationen – an denen sie jeweils potenziell abgeschöpft werden können. Der digitale Euro soll schon wegen der kürzeren Wege ein hohes Datenschutzniveau gewährleisten. Für Zahlungen von Person zu Person ist zudem eine Offline-Funktion vorgesehen, bei der nur Sender und Empfänger die Transaktion kennen. Damit soll ein digitaler Zahlungsverkehr ermöglicht werden, der in seinem Datenschutzcharakter dem Bargeld ähnelt.

Wie profitieren die Unternehmen konkret?

Für Unternehmen bietet der digitale Euro je nach Branche unterschiedliche Vorteile:
Für den Handel werden digitale Zahlungen günstiger. Während die genaue Gebührenstruktur im ersten Halbjahr 2026 noch politisch diskutiert wird, ist grundsätzlich zu erwarten, dass die Gebühren am unteren Ende der aktuellen Gebührenskala privater Wettbewerber liegen werden.

Unternehmen mit hohem Logistik-Bezug können Zahlungen stärker automatisieren, indem sie konditionelle Zahlungen einrichten: Erreicht eine Lieferung das Lager und wird gescannt, kann die zugehörige Zahlung ausgelöst werden. Auch die Integration in Smart

Contracts, Pay-per-Use oder Micropayments erweitern für viele Betriebe die Möglichkeit, neue Produkte oder Nutzungen günstig anzubieten.

Unternehmen aller Branchen profitieren vom digitalen Euro als einheitliches, grenzübergreifendes Zahlungsmittel für digitale Transaktion im gesamten Euroraum.

Herausforderungen

Doch nicht alle sehen im digitalen Euro nur Vorteile. Seine Einführung berührt beispielsweise das Geschäftsmodell von Banken und Sparkassen. Da Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und sonstige Organisationen künftig direkten Zugang zu digitalem Zentralbankgeld erhalten könnten, sorgen sich die Kreditinstitute um eine Verlagerung von Einlagen. Der Gesetzgeber wird daher voraussichtlich Haltelimits für den digitalen Euro festlegen – in der Diskussion sind Höchstgrenzen zwischen 500 und 3.000 Euro. Zudem werden entsprechende Guthaben nicht verzinst werden.

Auch die Kostenfrage ist noch offen. Während die laufenden Betriebskosten des digitalen Euro nach Einschätzung der EZB vergleichbar mit denen der Bargeldinfrastruktur sein dürften, ist insbesondere umstritten, wer die einmaligen Investitionskosten tragen soll, die den Kreditinstituten entstehen, wenn sie ihre Systeme fit für den digitalen Euro machen.

Darüber hinaus sind Vergütungsmodelle zu klären – etwa die Frage, wie Transaktionskosten ausgestaltet werden oder wie private Anbieter für Leistungen im Zusammenhang mit dem digitalen Euro entlohnt werden.

Wie geht es weiter?

Aktuell laufen die politischen Verhandlungen auf europäischer Ebene. Sollte es dort noch im Jahr 2026 zu einer Einigung kommen, könnte der digitale Euro 2029 Realität werden. Die IHK-Organisation wird den Prozess weiterhin begleiten und die Unternehmen regelmäßig über den aktuellen Stand informieren. ■

Begriffe kurz erklärt

Smart Contracts. Selbstausführende digitale Verträge, die automatisch eine Zahlung oder Aktion auslösen, sobald vorher festgelegte Bedingungen erfüllt sind.

Pay-per-Use. Ein Nutzungsmodell, bei dem nicht der Besitz eines Produkts, sondern ausschließlich die tatsächliche Nutzung bezahlt wird (z. B. pro Stunde, pro Kilometer, pro Stück).

Micropayments. Sehr kleine digitale Zahlungen im Cent- bis kleinen Eurobereich – etwa beim Bezahlen einzelner digitaler Inhalte oder automatisierter Prozesse.

Haltelimits. Von der Politik oder Zentralbank festgelegte Obergrenzen, wie viel digitaler Euro Privatpersonen oder Unternehmen maximal halten dürfen. Sie sollen verhindern, dass zu viele Bankeinlagen abgezogen werden.

DIHK-Position
Die DIHK hat sich bereits Mitte 2023 zum digitalen Euro positioniert, arbeitet aktuell aber an einem neuen Papier. Nach Fertigstellung wird es im Internet auffindbar sein. Die Antworten auf die wichtigsten Fragen zu diesem Thema hat die DIHK unter *www.dihk.de* zusammengestellt.

USA

Ein Jahr neue US-Regierung: Herausforderung transatlantischer Handel

KLEMENS KOBER, DIHK / PAUL MEYER, DIHK



Foto: ©Aquir / adobe stock.com mit KI generiert

Anfang 2025 haben die USA ihre Handelspolitik grundlegend neu ausgerichtet. Umfangreiche Zollerhöhungen erschweren seither das Außenhandelsgeschäft deutscher Unternehmen erheblich. Die Unsicherheit im US-Geschäft hält an – nicht zuletzt aufgrund der jüngst diskutierten Zolleskalation im Zusammenhang mit der Zukunft Grönlands. Auch wenn diese Zollerhöhungen inzwischen vom Tisch sind, bleibt klar: Die Wirtschaft muss weiterhin mit Turbulenzen rechnen. Umso wichtiger ist eine EU, die ebenso entschlossen wie geschlossen handelt und ihre Souveränität durch den Abbau strategischer Abhängigkeiten stärkt.

Hochzollpolitik belastet den Handel

Die Zollpolitik der aktuellen US-Regierung hat die Wirtschaftsbeziehungen mit der Europäischen Union spürbar verändert. Lag der durchschnittliche US-Importzoll für EU-Waren Anfang 2025 noch bei knapp 2 Prozent, gelten inzwischen Zölle von mindestens 15 Prozent. Auf Kupfer-, Stahl- und Aluminiumprodukte werden sogar Sätze von 50 Prozent erhoben, in Einzelfällen bis zu 200 Prozent.

Zudem beeinflusst die US-Zollpolitik die Handelsströme. Deutsche Exporte in die USA gingen von Januar bis November 2025 um rund 15 Milliarden Euro zurück; China hat die USA als wichtigsten Handelspartner Deutschlands wieder abgelöst – nicht zuletzt aufgrund von Handelsumlenkungen und gestiegenen Importen aus China. Dabei belief sich das deutsch-amerikanische Handelsvolumen 2024 noch auf 252 Milliarden Euro, der Investitionsbestand deutscher Unternehmen in den USA auf 529 Milliarden Euro.

Die Ergebnisse des jüngsten AHK World Business Outlook 2025 zeigen, dass die Investitionsstrategie der US-Regierung nicht aufgeht. Zwar haben sich die Investitionspläne deutscher Unternehmen in den USA zuletzt leicht verbessert, sie liegen aber weiterhin deutlich unter dem langjährigen Durchschnitt. Neben der Zollpolitik belasten weitere Handelshemmnisse sowie strukturelle Faktoren wie Fachkräftemangel, hohe Kosten und Wechselkursveränderungen Entscheidungen für den Standort USA. Infolge der Planungsunsicherheit sind die deutschen Investitionen in den Vereinigten Staaten 2025 um die Hälfte eingebrochen. Ohne stabile Vereinbarungen dürfte sich dieser Trend fortsetzen.

Unsicherheit trotz Deal

Die EU-US-Einigung zur Begrenzung der US-Zölle im August 2025 brachte zwar kurzfristige Beruhigung, die amerikanische Handelspolitik bleibt aber weiterhin unberechenbar. So wurden trotz der Vereinbarung im Herbst 2025 neue US-Zölle angekündigt, unter anderem auf Lkw. Zudem laufen weiterhin zahlreiche sektorale Sonderuntersuchungen der US-Behörden, die zusätzliche Handelsbeschränkungen nach sich ziehen könnten. Insbesondere bei Metallderivaten belasten Zusatzzölle bereits jetzt viele Unternehmen und wirken wie faktische Marktabschottung.

Der neue handelspolitische Normalzustand im US-Geschäft dürfte daher – auch unabhängig von möglichen Gerichtsentscheidungen – durch hohe Zölle geprägt bleiben. Zwar könnte eine Entscheidung des US Supreme Court bis spätestens Juni 2026 die Nutzung der sogenannten IEPPA-Zölle (International Emergency Economic Powers Act) stark einschränken, Handelsexperten rechnen jedoch für diesen Fall mit der Anwendung alternativer Mechanismen für Zollerhöhungen durch die US-Regierung. Vor diesem Hintergrund wird im Europäischen Parlament erneut über die Ratifizierung der im August erzielten Zolleinigung zwischen der EU-Kommission und dem US-Präsidenten diskutiert. Diese spiegelt ein asymmetrisches Kräfteverhältnis wider: Die EU akzeptiert die US-Zölle von überwiegend 15 Prozent, während sie ihre eigenen Industriezölle gegenüber den USA komplett abbaut. Für den Großteil der deutschen Unternehmen ist die zähneknirschende Umsetzung dennoch wichtig, um weitere Eskalationen zu vermeiden.

EU muss souveräner werden

Angesichts wachsender geopolitischer Spannungen ist für die Europäische Union mehr Souveränität unerlässlich, um eigene Wirtschaftsinteressen zu wahren. Nur geschlossen kann die EU die Stärke ihres global bedeutenden Binnenmarktes in Verhandlungen einbringen. Dazu gehört auch, auf mögliche Eskalationen vorbereitet zu sein und – als Ultima Ratio – Gegenmaßnahmen ergreifen zu können.

Eine DIHK-Umfrage vom vergangenen August zeigt, dass sich eine Mehrheit der Unternehmen einen klaren, proeuropäischen Kurs bei den Verhandlungen mit den USA wünscht, selbst wenn dies kurzfristig eigene Geschäftsinteressen berührt. Vor diesem Hintergrund hat das DIHK-Präsidium im November 2025 ein Positionspapier zur transatlantischen Handelspolitik verabschiedet. Neben einer engeren Zusammenarbeit mit den USA in Regulierung, Zollabwicklung und Energie fordert es ausdrücklich, die Souveränität Europas durch den Abbau strategischer Abhängigkeiten zu stärken – in Lieferketten, im Digitalbereich und darüber hinaus. Dazu zählt auch der Schulterschluss mit gleichgesinnten Partnern weltweit.

Die Reform der Welthandelsorganisation sollte daher entschlossen vorangetrieben werden: Schnelle Fortschritte braucht die Wirtschaft auch bei den Verhandlungen über bilaterale Handelsabkommen mit Thailand, Malaysia, den Philippinen, Australien, dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Arabischen Emiraten. Eine enge Vernetzung mit wichtigen Volkswirtschaften stärkt die EU selbst – und macht sie damit auch für die USA zu einem attraktiveren, verlässlicheren Handelspartner. ■

DIHK-Umfrage

DIHK-Positionspapier

Import: Abschaffung der 150-Euro-Freigrenze

Mit Blick auf den stark gestiegenen Zustrom unverzollter E-Commerce-Kleinsendungen aus Fernost hat der Rat der EU beschlossen, bereits ab 1. Juli 2026 eine Übergangslösung einzuführen. Damit soll ermöglicht werden, Zölle auf Waren unter 150 Euro schneller und einfacher zu erheben – lange bevor die ursprünglich geplante vollständige Abschaffung der 150-Euro-Freigrenze im Jahr 2028 wirksam wird. ■

Weitere Informationen:

INFORMATIONEN

Existenzgründung und Unternehmensförderung

Interessierte Unternehmer und Existenzgründer finden aktuelle Informationen auf www.ihk.de/aschaffenburg unter **Existenzgründung** zu den Themen:

- Businessplan
- Vorgründungs- und Nachfolgecoaching
- Selbstständigkeit im Nebenerwerb
- Finanzierungshilfen
- Unternehmensnachfolge

Weitere Infos:
Thomas Nabein,
Telefon 06021 880-134,
nabein@aschaffenburg.ihk.de

Dominik Trier,
Telefon 06021 880-124,
trier@aschaffenburg.ihk.de


Foto: ©Mohammad KI-generiert/adobe stock.com

Indien

Zwei Milliarden Gründe für ein Mega-Handelsabkommen

KLEMENS KOBER, DIHK

Verlässliche Wirtschaftsbeziehungen sind in den aktuell unsicheren Fahrwassern des Welthandels wichtiger denn je. Dass Ende Januar die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und Indien abgeschlossen wurden, ist daher eine gute Nachricht für deutsche Unternehmen. Das nun verhandelte Freihandelsabkommen kann nach Annahme des EU-Rates und Unterzeichnung sowie der Ratifizierung durch das Europäische und indische Parlament in Kraft treten. Das genaue Datum dafür steht noch nicht fest.

Seit 2007 wurde über das Handelsabkommen, das insgesamt knapp zwei Milliarden Menschen betrifft, verhandelt. Es ist das größte Abkommen weltweit und angesichts der teilweise sehr hohen Handelshürden in Indien ein echter Game-Changer für die deutsche Wirtschaft.
Ein besserer Marktzugang in Indien bietet großes Potenzial für unsere Wirtschaft – immerhin ist Deutschland schon jetzt der wichtigste Handelspartner Indiens in der EU. Das Handelsvolumen lag 2024 bei 31 Milliarden Euro – wobei Deutschland mehr exportierte als importierte. Zu den wichtigsten Exportgütern nach Indien zählen Maschinen, chemische Erzeugnisse sowie Flugzeuge, Schiffe oder Züge.

Derzeit listet die EU 31 offizielle Handelshemmnisse in Indien auf, die europäische Unternehmen belasten. Für die deutsche Wirtschaft sind dabei insbesondere die teils sehr hohen Importzölle, Import- und Exportrestriktionen, Lokalisierungsvorgaben, abgeschottete Beschaffungs- und Dienstleistungssektoren sowie Politikinitiativen wie „Make in India" und „Self-reliant India" von Bedeutung. Nach einer Umfrage der AHK Indien von Juli 2024 belasten Zollhürden 52 Prozent der Unternehmen, während 43 Prozent von nicht-tarifären Handelshemmnissen berichten – also Hindernissen, die nicht auf Zöllen, sondern etwa auf Vorschriften beruhen. Für 64 Prozent der Betriebe stellt Bürokratie eine zentrale Belastung dar, 39 Prozent nennen Korruption.

Für die EU besitzt der Abschluss des Handelsabkommens eine besondere globale Bedeutung. In Zeiten geoökonomischer Spannungen kann es dazu beitragen, strategische Abhängigkeiten abzubauen und Lieferketten resilienter zu gestalten – auch gegenüber wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen von Drittstaaten. ■


Foto: ©Johan/adobe stock.com

Schweiz

Online-Meldeportal für Dienstleistungserbringer

Für selbstständig erwerbstätige Dienstleistungserbringer sowie entsandte Arbeitnehmer mit Sitz bzw. Wohnsitz in einem EU- oder EFTA-Staat besteht vor der Aufnahme von Arbeitseinsätzen in der Schweiz eine gesetzliche Meldepflicht.

Das bisherige Online-Meldeportal wurde eingestellt und durch das neue, zentrale Online-Portal **EasyGov.swiss** ersetzt. Über dieses Portal können alle erforderlichen Meldungen für kurzfristige Arbeitseinsätze und Dienstleistungserbringungen in der Schweiz eingereicht werden.

Vor der ersten Meldung müssen sich Unternehmen bzw. Dienstleister im Portal registrieren. Für die Registrierung ist in der Regel eine Schweizer Unternehmens-Identifikationsnummer (UID) erforderlich – diese entspricht der Schweizer Mehrwertsteuernummer und muss ggf. im Vorfeld beantragt werden.

Ohne gültige UID kann kein Login und keine Meldung im Portal vorgenommen werden.

Die Meldung umfasst in der Regel Angaben zu:

- Person oder Unternehmen, das die Dienstleistungen erbringt oder Arbeitnehmer entsendet.
- Geplanter Zeitraum und Einsatzort des Arbeitseinsatzes.
- Art der Tätigkeit und Kontaktdaten vor Ort.

Hier geht's zum Portal

Ansprechpartner bei der IHK:
Hans-Peter Gries
Telefon 06021 880-113
E-Mail: gries@aschaffenburg.ihk.de
Christiane Stock
Telefon 06021 880-133
E-Mail: stock@aschaffenburg.ihk.de ■



Foto: ©Alex Go / adobe stock.com

EU-Entwaldungsverordnung (EUDR)

Was kommt auf die Unternehmen zu?

OLGA VAN ZIJVERDEN, DIHK

Die Wälder der Erde sind von zentraler Bedeutung für den Arten- und Klimaschutz und müssen bewahrt werden – das ist auch in der Wirtschaft Konsens. Mit ihrer Entwaldungsverordnung verfolgte die EU allerdings einen Ansatz, der viele Unternehmen vor herausfordernde Aufgaben gestellt hätte.

Die EUDR

Die Mitte 2023 in Kraft getretene „EU Deforestation Regulation" (EUDR) soll die Einfuhr von und den Handel mit Produkten verhindern, die in Verbindung zu Entwaldung oder Waldschädigung stehen. Im Einzelnen handelt es sich um Soja, Palmöl, Holz, Kautschuk, Rindfleisch, Kakao, Kaffee und daraus hergestellte Erzeugnisse, also etwa Leder, Schokolade, Zeitungen oder Möbel.

Die Entwaldungsverordnung verlangt von Unternehmen den Nachweis, dass diese Produkte nicht auf Flächen produziert wurden, die nach dem 31. Dezember 2020 entwaldet wurden, dass die Herstellung nach den Rechtsvorschriften des Erzeugerlandes erfolgt ist und dass für sie eine Sorgfaltserklärung vorliegt.

Unternehmen unterliegen den Vorschriften der EUDR, wenn sie bestimmte Rohstoffe (Rinder, Kakao, Kaffee, Ölpalme, Kautschuk, Soja oder Holz) oder daraus hergestellte Erzeugnisse gemäß in der EU in Verkehr bringen, bereitstellen oder aus der EU ausführen.

Konkret müssen diese Unternehmen dann Informationen, Unterlagen und Daten über die Herkunft ihrer Produkte sammeln – unter anderem in einem recht komplexen Verfahren Angaben zur Geolokalisierung ermitteln. Je nachdem, ob die EU das Erzeugerland in einem aktuellen Benchmarking als hoch, normal oder niedrig einstuft, ist dann eine mehr oder weniger umfangreiche Risikobewertung vorzunehmen. Gegebenenfalls muss der Betrieb Maßnahmen zur Risikominderung treffen – beispielsweise Satellitenüberwachungsinstrumente einsetzen, Vor-Ort-Prüfungen durchführen oder Kapazitäten beim Lieferanten aufbauen.

Der aktuelle Sachstand der Gesetzgebung

Ursprünglich sollten die wichtigsten Bestimmungen aus der „EU Deforestation Regulation" (EUDR) ab dem 30. Dezember 2024 gelten. Aufgrund massiver Bedenken seitens der Mitgliedstaaten, von Drittländern und Unternehmen wurde Ende 2024 eine erste einjährige Verschiebung beschlossen.

Die Herausforderungen bei der Umsetzung – insbesondere mit Blick auf das erforderliche EU-Informationssystem, die Bereitstellung von Geodaten und die Pflichten in der nachgelagerten Lieferkette – blieben jedoch groß, sodass die EU-Kommission selbst bereits im Oktober 2025 eine weitere Verschiebung und Vereinfachungen vorschlug.

Mittlerweile hat die Europäische Kommission, der Rat und das Europäische Parlament Anpassungsvorschläge vorgelegt und sich am 4. Dezember 2025 auf eine Verschiebung und Anpassungen geeinigt.
Die Trilogeinigung wurde am 16. Dezember 2025 formal vom Plenum des Europaparlaments angenommen.

Verschiebung, Once-only und weitere Prüfung

Die Anwendung der „EU Deforestation Regulation" (EUDR) soll nach der neuen Einigung um weitere zwölf Monate verschoben werden – für große und mittlere Unternehmen damit auf den 30. Dezember 2026, für kleine und Kleinstunternehmen auf den 30. Juni 2027.

Darüber hinaus wird ein Once-only-Ansatz in der Lieferkette gelten. Das bedeutet, dass ausschließlich der Erstinverkehrbringer eine Sorgfaltserklärung erstellen und nur der erste Marktakteur in der nachgelagerten Lieferkette die EUDR-Referenznummer speichern muss. Ursprünglich war vorgesehen, dass zumindest die größeren Akteure zwingend ein Sorgfaltspflichtensystem hätten etablieren – und damit stets erneut Informationen, Unterlagen und Daten über die Herkunft ihrer Produkte sammeln – müssen.

Für kleinste und kleine Primärerzeuger aus Ländern mit niedrigem Risiko reicht eine einmalige Registrierung im EU-System und vereinfachte Sorgfaltserklärung.

Bücher, Zeitungen und Druckerzeugnisse werden aus dem Produktumfang der EUDR ausgenommen.

Grafik: freepik.com

Und nicht zuletzt hat der Rat die EU-Kommission beauftragt, bis April 2026 weitere Entlastungsoptionen zu prüfen.

Weitere Informationen

Die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE), die die EUDR in Deutschland umsetzt, beantwortet Fragen unter *anfragen@entwaldungsfreie-produkte.de* und hat auf ihrer Website alle Informationen rund um die Verordnung zusammengestellt: Wer ist betroffen? Wie funktioniert das EU-Informationssystem? Was ist bei der Zollanmeldung zu beachten? Schaubilder, Erklärvideos, FAQs, Veranstaltungshinweise, Rechtsgrundlagen und vieles mehr finden Sie unter www.ble.de.

Das EU-Informationssystem ist erreichbar unter *green-forum.ec.europa.eu.*

Das Beratungsangebot des Helpdesks für Wirtschaft und Menschenrechte kann via *Telefon +49 30 2130 8430-0* oder per E-Mail *kontakt@helpdeskwimr.de* in Anspruch genommen werden.

Weitere Informationen:

Ansprechpartner bei der IHK:
Hans-Peter Gries, Telefon 06021 880-113,
E-Mail: gries@aschaffenburg.ihk.de

DIGITALE SERVICES

IHK-Zeitschrift abbestellen

Die Zeitschrift „Wirtschaft am Bayerischen Untermain" ist das offizielle Veröffentlichungsmedium der IHK Aschaffenburg. Zugehörige Unternehmen erhalten diese kostenlos. Bezieher, die mehrere Unternehmen gemeldet haben, erhalten die Zeitschrift mehrfach. Möchten Sie auf Mehrfachbelieferungen oder generell auf die Zeitschrift verzichten?

Hier können Sie die IHK-Zeitschrift abbestellen:

Mercosur-Abkommen

EU und Südamerika rücken zusammen

KLEMENS KOBER, DIHK

Das EU-Mercosur-Abkommen markiert einen überfälligen Schritt für Europas Außenhandel und sollte nun rasch umgesetzt werden. Durch den Abbau der Zölle und Handelshemmnisse erhalten deutsche Unternehmen einen deutlich besseren Zugang zu südamerikanischen Märkten. Das stärkt ihre Wettbewerbsfähigkeit und sichert zugleich Arbeitsplätze in Deutschland.

Die deutsche Außenwirtschaft startete mit Rückenwind ins neue Jahr: Am 17. Januar 2026 haben die EU und die Mercosur-Staaten Brasilien, Argentinien, Uruguay und Paraguay ein bedeutendes Handelsabkommen unterzeichnet. Dies war lange überfällig. Während die Parlamente in Südamerika ihre Ratifizierung derzeit beschleunigen, droht das Abkommen in Europa erneut auf Zeit gespielt zu werden. Das Freihandelsabkommen zwischen der EU und südamerikanischen Mercosur-Staaten soll trotz einer noch ausstehenden Überprüfung durch den Gerichtshof der Europäischen Union in Kürze vorläufig angewendet werden.

Das Zögern hat Folgen. In einer Phase geopolitischer Spannungen, in der andere Volkswirtschaften ihre Interessen entschlossen durchsetzen, steht bei dieser Entscheidung auch die Glaubwürdigkeit Europas als verlässlicher Handelspartner auf dem Spiel. Weltweit stellt man nun zunehmend die Frage, ob Europa wirtschaftspolitische Zusagen tatsächlich einlöst. Andere Akteure – allen voran China – haben diese Phase des Zögerns längst genutzt und ihre wirtschaftliche Präsenz in Südamerika systematisch ausgebaut, insbesondere bei Infrastrukturprojekten, industrieller Wertschöpfung und der strategisch wichtigen Rohstoffversorgung. Daher sollte das Abkommen rasch für Unternehmen nutzbar gemacht werden. Es stärkt die wirtschaftliche Diversifizierung Europas und trägt dazu bei, Partnerschaften mit politisch und wirtschaftlich wichtigen Regionen außerhalb des transatlantischen Raums zu vertiefen.

Das wirtschaftliche Potenzial ist erheblich: Laut EU-Kommission könnten die EU-Exporte in die Mercosur-Staaten um bis zu 39 Prozent steigen. Das würde rund 440.000 Arbeitsplätze in der EU absichern. Zwar haben europäische Unternehmen ihren einstigen Vorsprung in Südamerika verloren, doch das Abkommen eröffnet nun neue Chancen – insbesondere für international vernetzte deutsche Firmen. Die EU ist bereits heute der zweitwichtigste Handelspartner des Mercosur nach China, noch vor den USA. 2024 beliefen sich die EU-Exporte in die Region auf 53,3 Milliarden Euro, die Importe auf 57 Milliarden Euro. Auch der Dienstleistungshandel ist bedeutend. 2023 exportierte die EU Dienstleistungen im Wert von 28,5 Milliarden Euro nach Mercosur, umgekehrt waren es 13,1 Milliarden Euro. Diese Zahlen unterstreichen, dass es sich längst um eine strategische Partnerschaft handelt, die durch das Abkommen deutlich vertieft werden kann.

Gerade für Familienunternehmen mit langfristiger Investitionsperspektive bietet das Abkommen neue Planungssicherheit. Viele von ihnen sind seit Jahrzehnten in der Region aktiv, verfügen über gewachsene Netzwerke und sind prädestiniert, stabile Wertschöpfungspartnerschaften vor Ort weiter auszubauen.

Kern des Abkommens ist der weitgehende Abbau von Zöllen in bislang stark protektionistischen Märkten. Zudem werden der Marktzugang im Dienstleistungssektor verbessert, öffentliche Beschaffungsmärkte geöffnet

und die regulatorische Zusammenarbeit erleichtert. Besonders wichtig für die Industrie: Nichttarifäre Handelshemmnisse werden reduziert, etwa durch die Anerkennung internationaler Standards im Kfz-Bereich sowie dem Abbau bürokratischer Exportauflagen.

Für Unternehmen bedeutet das nicht nur geringere Kosten, sondern auch schnellere Marktzugänge, verlässlichere Zulassungsverfahren und bessere Planbarkeit grenzüberschreitender Wertschöpfungsketten.

Zugleich verbessert das Abkommen die Rahmenbedingungen für Direktinvestitionen, etwa durch transparentere Regeln, besseren Schutz vor Diskriminierung und verlässliche Streitbeilegungsmechanismen – ein entscheidender Faktor für kapitalintensive Projekte.

Als „living agreement" angelegt, schafft das Abkommen zudem dauerhafte Dialogformate. In gemeinsamen Ausschüssen können neue diskriminierende Regelungen frühzeitig angesprochen und entschärft werden – ein Plus an Planungs- und Rechtssicherheit für Unternehmen. Auch im Dienstleistungsbereich fallen zentrale Hürden: Etwa in der Telekommunikation, bei Finanzdienstleistungen, im Transportwesen und bei professionellen Services. Erstmals erhalten europäische Unternehmen zudem diskriminierungsfreien Zugang zu öffentlichen Ausschreibungen in den Mercosur-Staaten – ein Privileg, das kein anderer Handelspartner genießt. Auswahlverfahren werden transparenter gestaltet, und zwei Jahre nach Inkrafttreten des Abkommens soll der Zugang auch auf regionale und kommunale Ebenen ausgeweitet werden. Für viele Unternehmen eröffnet sich damit erstmals ein Marktsegment, das bislang weitgehend verschlossen war.

Damit öffnet sich ein Markt, der bislang vor allem nationalen Anbietern vorbehalten war – von Infrastrukturprojekten über Energieversorgung bis hin zu Verkehrs- und Digitalisierungsprojekten.

Ein weiterer Schwerpunkt ist der Schutz geistigen Eigentums. 344 geografische Herkunftsbezeichnungen werden anerkannt, darunter 27 aus Deutschland – von Allgäuer Käse über Nürnberger Lebkuchen bis zu Weinen aus deutschen Anbaugebieten. Das stärkt insbesondere den Export hochwertiger, regional verankerter Lebensmittel und schützt Produzenten wirksam vor Nachahmung. Gleichzeitig können künftig weitere Produkte in den Schutzkatalog aufgenommen werden. Zugleich setzt die Anerkennung ein wichtiges Signal für Qualitätsstandards und fairen Wettbewerb – ein zentrales Anliegen vieler deutscher Hersteller.

Ein eigenes Mittelstandskapitel stellt sicher, dass auch kleine und mittlere Unternehmen (KMU) von den Vorteilen profitieren. Schon heute exportieren mehr als 12.500 deutsche Betriebe in die Mercosur-Länder, 74 Prozent davon sind kleinere und mittlere Unternehmen. Bisher sind jedoch 85 Prozent der europäischen Exporte in diesen mehr als 260 Millionen Verbraucher umfassenden Markt mit Zöllen belegt. Das verursacht Kosten von rund vier Milliarden Euro pro Jahr für deutsche und europäische Betriebe. Der schrittweise Zollabbau setzt hier spürbare Entlastungen frei und erleichtert gerade mittelständischen Unternehmen den Markteintritt sowie den Ausbau bestehender Geschäftsbeziehungen.

Zugleich enthält das Abkommen verbindliche Nachhaltigkeitsvorgaben: Alle Partner bekennen sich zur Umsetzung des Pariser Klimaschutzabkommens. An den strengen EU-Lebensmittelsicherheitsstandards ändert sich nichts. Für Europas Landwirtschaft ergeben sich dennoch neue Absatzchancen durch sinkende Zölle, geschützte Herkunftsangaben und vereinfachte Exportverfahren – ein wichtiger Impuls für die EU als einen der weltweit größten Agrarexporteure.

Damit verbindet das Abkommen Marktöffnung mit klaren Leitplanken für Umwelt- und Klimaschutz und trägt zu fairen Wettbewerbsbedingungen bei.

Die wirtschaftlichen Beziehungen sind bereits eng: Das deutsche Handelsvolumen mit den Mercosur-Staaten lag 2024 bei über 26 Milliarden Euro, die Direktinvestitionen erreichten 2023 mehr als 35 Milliarden Euro. Deutsche Exporte sichern hierzulande fast 250.000 Arbeitsplätze.

Die Metropolregion São Paulo zählt zu den weltweit wichtigsten Standorten der deutschen Industrie und ist ein zentraler Hub für Produktion, Vertrieb und Innovation in Lateinamerika. Besonders große Marktchancen bestehen im Maschinenbau, in der Automobilindustrie und in der Ernährungswirtschaft – Branchen, die bislang mit hohen Zöllen (Autos 35 Prozent, Maschinen 20 Prozent, Chemikalien 18 Prozent) konfrontiert sind.



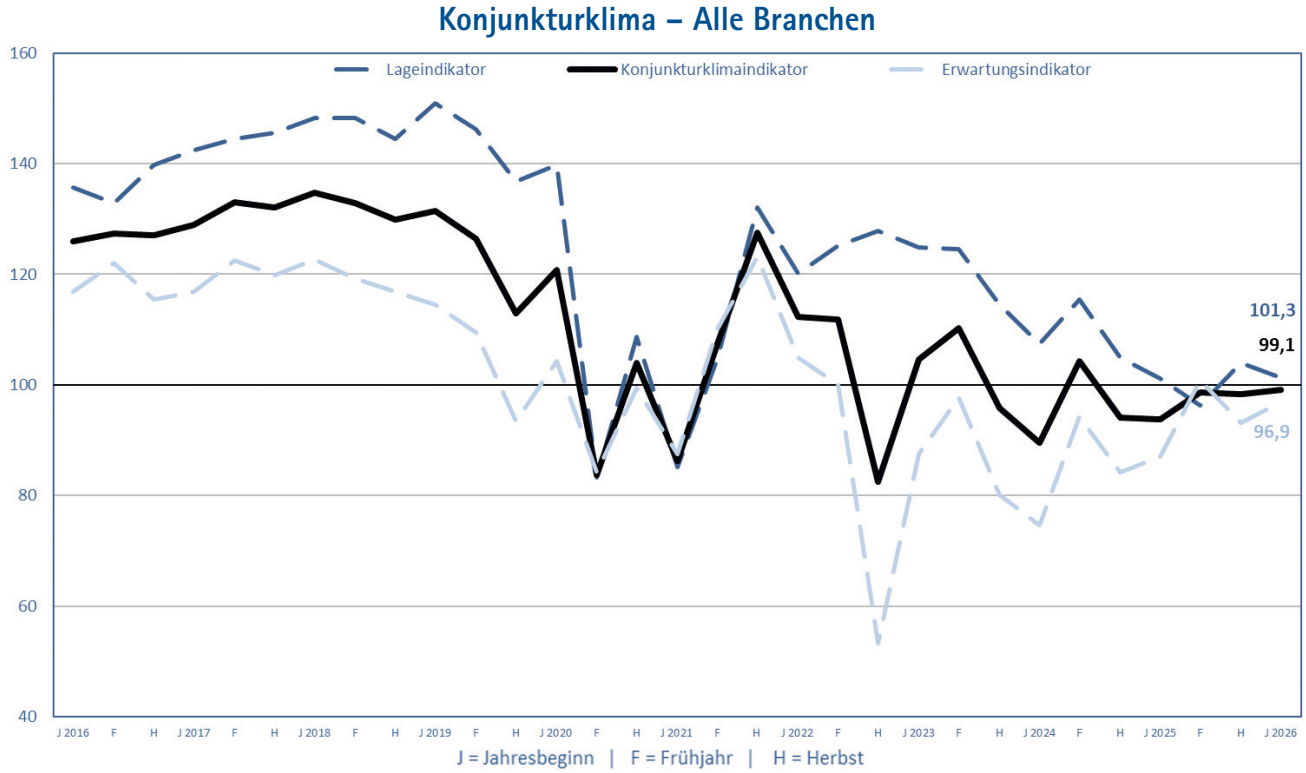
Foto: ©Randzejrostek@gmail.com

Nun ist die EU gefordert. Eine zügige Ratifizierung würde den Unternehmen die dringend benötigte Rechts- und Planungssicherheit geben. In einer Zeit wachsender wirtschaftlicher Unsicherheiten sendet das EU-Mercosur-Abkommen ein klares Signal für offenen, regelbasierten Handel. Es liegt nun an der Politik, diesen Weg konsequent zu Ende zu gehen.

Deutsche Betriebe sind seit mehr als 100 Jahren in der Region präsent, investieren langfristig, sichern Arbeitsplätze und tragen durch Ausbildungsinitiativen nach deutschem Vorbild zur wirtschaftlichen Entwicklung vor Ort bei. Das EU-Mercosur-Abkommen eröffnet die Chance, dieses Engagement auszubauen – und die Partnerschaft zwischen Europa und Südamerika nachhaltig zu vertiefen. ■

Konjunkturbericht Jahresbeginn 2026

Verhaltener Jahresstart: Wirtschaft tritt weiter auf der Stelle



Der Konjunkturklimaindikator spiegelt als geometrisches Mittel der aktuellen Lage und der Erwartungen die Stimmung unter den Unternehmen wider.

- **Konjunkturflaute setzt sich fort**
- **Branchen mit gemischtem Bild**
- **Fehlende Strukturreformen bremsen Investitionen**
- **Inlandsnachfrage größtes Risiko**
- **Vorsichtiger Blick nach vorn**

Die Wirtschaft am Bayerischen Untermain startet verhalten in das neue Jahr. Zum Jahresbeginn setzt sich die wirtschaftliche Stagnation der bereits seit mehreren Jahren anhaltenden Konjunkturflaute fort. In der aktuellen Konjunkturumfrage der IHK Aschaffenburg zeigt sich eine leichte Verschlechterung der Geschäftslage gegenüber dem Herbst: 26 Prozent der Unternehmen bewerten ihre laufenden Geschäfte als gut, 50 Prozent als befriedigend und 24 Prozent als schlecht.

„Der dringend benötigte Herbst der Wirtschaftsreformen ist ausgeblieben. Zwar wächst in der Politik langsam die Einsicht, dass umfassende Reformen notwendig sind, um die Konjunktur wieder in Gang zu bringen – doch der Schritt vom Diskutieren zum Handeln gelingt selbst nach Jahren der Wachstumsschwäche noch nicht im erforderlichen Maße. Nach wie vor fehlt der Mut zu tiefgreifenden Strukturreformen, die Unternehmen bei Steuern, Abgaben und Bürokratie spürbar entlasten und ihre Wettbewerbsfähigkeit stärken. Um dem internationalen Zollchaos zu begegnen, müssen wir die Handelsdiplomatie beschleunigen: Das bedeutet das Ende der Mercosur-Blockade, ein schnelles Inkrafttreten des Indien-Abkommens und eine Verhandlungsoffensive in Asien und der Golfregion", so Dr. Andreas Freundt, Hauptgeschäftsführer der IHK Aschaffenburg.

Im Branchenvergleich beurteilen die Tourismusbetriebe ihre aktuelle Lage am kritischsten und erreichen einen neuen Tiefstand. In der Industrie hält die Auftragsflaute im In- und

Ausland an. Neben anhaltenden Unsicherheiten im Exportgeschäft bereitet insbesondere die schwache Inlandsnachfrage Sorgen, 81 Prozent der Industriebetriebe sehen darin ein Geschäftsrisiko. Im Handel geht der Anteil der pessimistischen Einschätzungen leicht zurück. Während der Einzelhandel weiterhin zurückhaltend auf die laufenden Geschäfte blickt, überwiegen im Großhandel die positiven Stimmen. Vergleichsweise robust zeigt sich die Stimmung im Dienstleistungssektor und im Baugewerbe. Trotz eines leichten Stimmungsrückgangs bei den Dienstleistungen und saisonbedingter Dämpfer am Bau dominieren hier weiterhin optimistische Lageeinschätzungen.

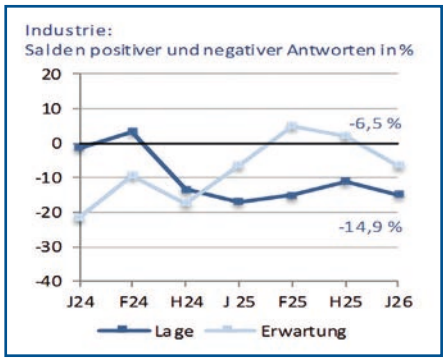
Die Sorge um die Inlandsnachfrage nimmt gesamtwirtschaftlich weiter zu: 63 Prozent der Unternehmen nennen sie als zentrales Geschäftsrisiko. Es folgen die Arbeitskosten sowie die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen, die jeweils von 53 Prozent als Risikofaktoren genannt werden. „Vor dem Hintergrund der anhaltend schwachen Konjunktur bleibt die Investitionsbereitschaft auf sehr niedrigem Niveau; ausbleibende Strukturreformen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit verschärfen die Lage zusätzlich. 42 Prozent der Unternehmen sehen in der aktuellen Wirtschaftspolitik ein erhebliches Investitionshemmnis, weitere 41 Prozent zumindest teilweise. Zugleich eröffnet die verschärfte Sicherheitslage auch Chancen für regionale Unternehmen: 23 Prozent der Industrieunternehmen sowie ein ebenso hoher Anteil im Dienstleistungssektor – insbesondere Logistikdienstleister – zeigen Interesse am Verteidigungsmarkt", ordnet Andreas Elsner, Konjunkturexperte der IHK, die aktuelle Investitionsschwäche ein.

Mit Blick auf die kommenden Monate gehen die Unternehmen insgesamt von einer Stabilisierung des Auslandsauftragsvolumens aus, während für das Inland weiterhin leichte Rückgänge erwartet werden. Eine Verbesserung der Geschäftslage prognostizieren 17 Prozent der Unternehmen, hingegen rechnen 20 Prozent mit einer Verschlechterung. Der Stellenabbau verlangsamt sich zwar, dennoch stehen insbesondere der Tourismussektor und die Industrie weiterhin unter erheblichem Druck. Insgesamt planen 12 Prozent der Unternehmen einen Beschäftigungsaufbau, während 18 Prozent von rückläufigen Beschäftigtenzahlen ausgehen.

Der Konjunkturklimaindikator, welcher sich aus der Beurteilung der aktuellen Geschäftslage und der künftigen Geschäftserwartung zusammensetzt, verbessert sich minimal. Nach zuletzt 98,4 Punkten liegt er aktuell bei 99,1 Punkten. An der Umfrage haben sich 226 Unternehmen unterschiedlicher Branchen und Größen aus der Region Bayerischer Untermain beteiligt.

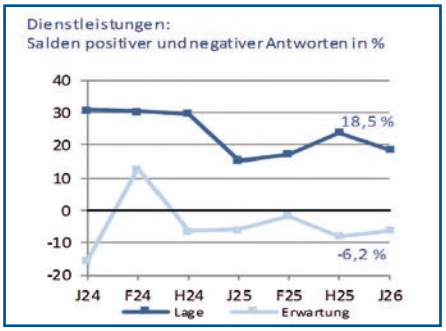
DIE WIRTSCHAFTSZWEIGE IM DETAIL:

INDUSTRIE



Die Industriebetriebe sehen weiterhin keinen Silberstreifen am Horizont. Das Stimmungstief hält auch zu Jahresbeginn an und die Bewertung der aktuellen Geschäftslage fällt etwas ungünstiger aus als zuletzt. 15 Prozent der Unternehmen berichten noch von guten Geschäften, während sich 30 Prozent mit einer schlechten Geschäftslage konfrontiert sehen. Beim Auftragsvolumen meldet jeweils rund die Hälfte der Betriebe einen Rückgang sowohl im Inlands- als auch im Auslandsgeschäft. Entsprechend bewerten 55 Prozent der Unternehmen ihren Auftragsbestand als zu klein. In der Kapazitätsauslastung spiegelt sich diese Entwicklung wider: 15 Prozent der Industrieunternehmen sind voll ausgelastet, 46 Prozent berichten von einer zufriedenstellenden Auslastung, während 39 Prozent ihre Kapazitäten nicht ausreichend auslasten. Den höchsten Stellenwert unter den Geschäftsrisiken nimmt die Inlandsnachfrage ein, die von 81 Prozent der Betriebe als Risiko eingeschätzt wird. Mit deutlichem Abstand folgen die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen, die 55 Prozent als Risiko sehen, sowie die Arbeitskosten, die von 47 Prozent der Unternehmen genannt werden. Die Investitionsbereitschaft verharrt auf einem anhaltend niedrigen Niveau. Die zuletzt leicht positiven Geschäftserwartungen haben sich ins Negative gedreht: 17 Prozent der Unternehmen erwarten eine Verbesserung der Geschäftslage, 24 Prozent rechnen mit einer Verschlechterung. Während im Inlandsgeschäft weiterhin von einem Rückgang ausgegangen wird, bleiben die Erwartungen für das Auslandsgeschäft insgesamt stabil. Die Personalpläne zeigen sich etwas weniger pessimistisch als zuletzt. 11 Prozent der Betriebe rechnen mit steigenden Beschäftigtenzahlen, 23 Prozent mit einem Rückgang.

DIENSTLEISTUNGEN



Der Dienstleistungssektor gibt den Stimmungsaufschwung aus dem vergangenen Herbst wieder teilweise ab. Die Einschätzung der aktuellen Geschäftslage fällt etwas weniger optimistisch aus als zuletzt, liegt im Branchenvergleich jedoch weiterhin auf überdurchschnittlichem Niveau. 34 Prozent der Unternehmen bewerten ihre Lage als gut, 15 Prozent als schlecht, die übrigen als befriedigend. In den vergangenen sechs Monaten waren 33 Prozent der Befragten voll ausgelastet, weitere 57 Prozent zeigten sich mit ihrer Auslastung zufrieden. Trotz der etwas eingetrübten Geschäftslage nimmt die Investitionsbereitschaft zu. So plant immerhin ein Viertel der Dienstleister, in den kommenden Monaten die Investitionsbudgets zu erhöhen.

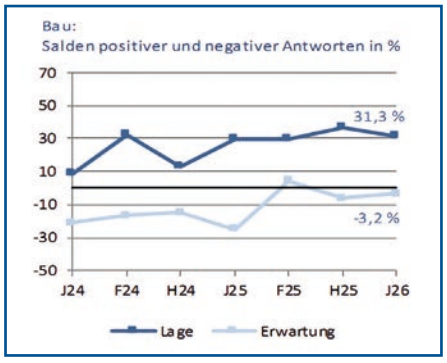


Markus Rohé, Prokurist, Densys pv5 GmbH, Karlstein am Main

„Für das Geschäftsjahr 2026 zeichnet sich eine positive Branchenentwicklung ab, da das Bewusstsein für die wirtschaftliche Relevanz der Photovoltaik weiter wächst. Angesichts möglicher Einsparungen bei den Stromkosten, die durch die Kopplung mit E-Mobilität und dynamischen Tarifen noch intensiviert werden, gewinnt die Eigenstromerzeugung als Instrument zur langfristigen Kalkulationssicherheit an Bedeutung."

Als zentrales Investitionsmotiv nennen 44 Prozent Rationalisierungsmaßnahmen, 24 Prozent beabsichtigen Investitionen in Kapazitätserweiterungen. Die Preisdynamik bleibt weitgehend stabil. 45 Prozent der Unternehmen planen Preiserhöhungen, während 6 Prozent eine gegenteilige Entwicklung erwarten. Nachdem im Herbst noch der Fachkräftemangel als größter Risikofaktor galt, rückt nun die Inlandsnachfrage an die Spitze der Sorgentreiber, gefolgt von den Arbeitskosten. Mit Blick auf die kommenden Monate nimmt der Anteil der Pessimisten leicht ab: 14 Prozent rechnen mit einer Verbesserung der Geschäftslage, während 20 Prozent eine Verschlechterung erwarten. Die zuletzt noch leicht positiven Personalpläne drehen ins Negative. Zwar wollen 16 Prozent der Unternehmen ihre Beschäftigtenzahl erhöhen, 19 Prozent rechnen jedoch mit einem Rückgang.

BAU



Im Baugewerbe geht die Lagebewertung saisonbedingt leicht zurück, insgesamt fällt die Stimmung jedoch weiterhin besser aus als in den übrigen Branchen. 44 Prozent der befragten Unternehmen berichten von guten Geschäften, während 13 Prozent aktuell eine schlechte Geschäftslage verzeichnen. Die Auftragsbestände haben sich zuletzt stabilisiert: 77 Prozent sprechen von einer saisonüblichen Auftragslage, 20 Prozent melden einen unterdurchschnittlichen Bestand. Im Herbst hatten noch 42 Prozent von unterdurchschnittlichen Auftragsbeständen berichtet. In den vergangenen sechs Monaten waren 37 Prozent der Bauunternehmen voll ausgelastet, 47 Prozent befriedigend und 16 Prozent nicht ausreichend ausgelastet. Jeder fünfte Betrieb erwartet in den kommenden Monaten eine steigende Kapazitätsauslastung. Dem stehen jedoch weiterhin strukturelle Risiken gegenüber: Der Fachkräftemangel wird derzeit als größter Risikofaktor genannt, gefolgt von den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen sowie den Energie- und Rohstoffpreisen. Die Investitionsbereitschaft verbessert sich leicht. Auch die Preisdynamik nimmt wieder etwas zu, 40 Prozent der Betriebe planen mit höheren Verkaufspreisen. Die Personalpläne haben sich gegenüber dem Herbst spürbar aufgehellt: 7 Prozent rechnen mit steigenden Beschäftigtenzahlen, während 10 Prozent von einem Rückgang ausgehen. Die Geschäftserwartungen verbessern sich insgesamt leicht und sind wieder annähernd ausgeglichen. 13 Prozent der Unternehmen erwarten in den kommenden Monaten eine Verbesserung der Geschäftslage, hingegen rechnen 16 Prozent mit einer Verschlechterung.



Jürgen Christl, Geschäftsführer, Spirituosen Christl GmbH, Mainaschaff

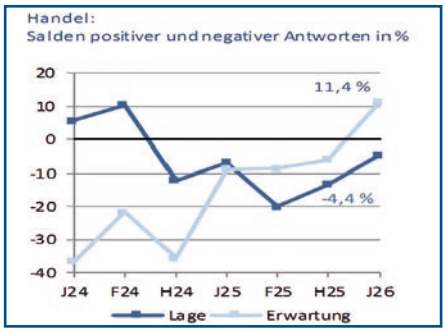
„Das zurückhaltende Konsumverhalten 2025 zeigte sich auch in der Getränkebranche durch rückläufige Absätze im Bereich Bier, Wein und Spirituosen, während der alkoholfreie Bereich deutlich zulegen konnte. Für 2026 erwarten wir, dass sich der Trend zu bewussterem Konsum fortsetzt und innovative alkoholfreie Produkte zusätzliche Wachstumspotentiale schaffen."



Christoph Eichhorn, Geschäftsführer, Autohaus Eichhorn Automotive GmbH, Miltenberg

„Unser Jahr 2025 war – trotz aller Widrigkeiten im Automobilhandel – ein erfolgreiches. Wir konnten den Anteil der verkauften E-Fahrzeuge bei BMW und MINI auf fast 30% steigern und stellen aktuell eine weiterhin hohe Nachfrage nach E-Fahrzeugen fest. Die aktuelle Förderung der E-Mobilität durch die Bundesregierung ist zwar kompliziert, aber auch hier registrieren wir eine Anregung der Nachfrage dadurch. Für das laufende Jahr bin ich optimistisch, dass es wieder ein Erfolgsjahr wird!"

HANDEL



Im Handel setzt sich der vorsichtige Stimmungsaufschwung aus der letzten Umfrage auch zu Jahresbeginn fort. Die Bewertung der laufenden Geschäfte ist inzwischen nahezu wieder ausgeglichen: 20 Prozent der Unternehmen beurteilen die aktuelle Lage als gut, 24 Prozent als schlecht, die übrigen als befriedigend. Insgesamt blicken die Einzelhändler weiterhin eher verhalten auf ihre laufenden Geschäfte, während bei den Großhändlern die positiven Einschätzungen überwiegen. Die Preisdynamik nimmt erneut zu. So planen 57 Prozent der Betriebe in den kommenden Monaten eine Anhebung der Verkaufspreise. Die Investitionsbereitschaft liegt über dem Niveau der übrigen Branchen: Immerhin ein Viertel der Befragten beabsichtigt, in den nächsten Monaten verstärkt zu investieren. Größter Sorgentreiber bleibt mit deutlichem Abstand die Inlandsnachfrage, die 72 Prozent der Unternehmen als Risiko benennen. Es folgen die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen (57 Prozent). Den dritten Platz im Risikoranking teilen sich mit jeweils 52 Prozent die Arbeitskosten und der Fachkräftemangel. Nach zuletzt sehr pessimistischen Beschäftigungsabsichten haben sich diese nun wieder ins Positive gedreht und liegen über dem Niveau der übrigen Branchen. 16 Prozent der Händler planen einen Personalaufbau, während 11 Prozent einen Abbau vorsehen. Auch die Geschäftserwartungen legen spürbar zu: Dabei blicken die Einzelhändler optimistischer auf die kommenden Monate als die Großhändler. Insgesamt rechnen 23 Prozent der Händler mit besseren Geschäften, während 11 Prozent eine Verschlechterung erwarten.

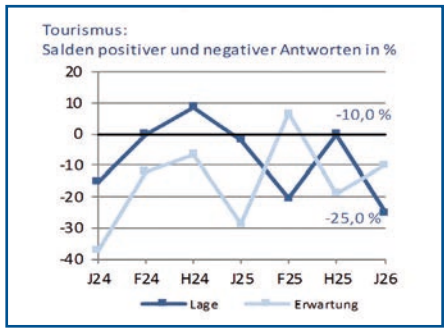


Edda Hein-Barnetzki, Geschäftsführerin, Käfernberg Hotel – Restaurant GmbH, Alzenau

„Zum Ende des Jahres 2025 haben sich unsere Umsätze wider Erwarten besser entwickelt als angenommen. Mit Blick auf 2026 bleibt die Lage jedoch sehr unklar: Eine verlässliche Vorausschau ist derzeit kaum möglich, konjunkturelle Einschätzungen gleichen aktuell eher dem Blick in den Kaffeesatz."

TOURISMUS

Der Jahresauftakt im Tourismussektor konnte bislang nicht überzeugen. Die negativen Geschäftserwartungen aus der zurückliegenden Herbstumfrage haben sich bestätigt. Die Stimmung hat einen Tiefpunkt erreicht, der zuletzt vor vier Jahren während der Corona-Pandemie unterschritten wurde. Aktuell bewerten 18 Prozent der Unternehmen ihre laufenden Geschäfte als gut, während 43 Prozent unzufrieden sind. 51 Prozent der Betriebe berichten von Umsatzrückgängen in den vergangenen Monaten. Für knapp die Hälfte der Unternehmen ging dies mit einer unzureichenden Auslastung einher. Die Umsatzrückgänge betreffen dabei sowohl Geschäftsreisende als auch Tages- und Urlaubsreisende. Die Investitionsbereitschaft bleibt äußerst verhalten: 38 Prozent der befragten Betriebe planen derzeit keinerlei Investitionen. Rund zwei Drittel der Unternehmen wollen ihre Preise stabil halten. Als größtes Geschäftsrisiko werden die Energie- und Rohstoffpreise genannt, gefolgt von den Arbeitskosten und der Inlandsnachfrage. Die Geschäftserwartungen haben sich im Vergleich zur letzten Erhebung zwar leicht aufgehellt, verbleiben jedoch im negativen Bereich. Für die kommenden Monate erwarten 18 Prozent der Betriebe bessere Geschäfte, während 28 Prozent mit einer Verschlechterung rechnen; die übrigen gehen von einer unveränderten Lage aus. Auch die Personalpläne fallen im Branchenvergleich unterdurchschnittlich aus: 7 Prozent der Unternehmen beabsichtigen, zusätzliches Personal einzustellen, während 25 Prozent mit einer sinkenden Beschäftigtenzahl planen. ■



Hinweis zu den Quellen:
Grafiken: IHK Aschaffenburg, Stand: Februar 2026
Fotos: ©Densys pv5 GmbH, Spirituosen Christl GmbH, Autohaus Eichhorn Automotive GmbH, Käfernberg Hotel-Restaurant GmbH, Alex White - Fotolia.com

BESSER BAUEN. MAY.

Raum für Ihre Idee!

Projektentwicklung: Gewerbeeinheiten in Aschaffenburg-Damm

Wo: Glattbacher Straße 82/82a-82d, 63743 Aschaffenburg

Was:
- Flexible Gewerbeflächen in versch. Größen möglich
- Ideal als Büro, Praxis, Kanzlei oder Showroom
- Individuell anpassbare Raumkonzepte
- Zum Kauf oder zur Miete
- Zentrale Lage mit guter Erreichbarkeit

06021 33620
verkauf@may-firmengruppe.de
www.may-firmengruppe.de



PERFORM – Zukunftsregion FrankfurtRheinMain

Wie der Frankfurter Flughafen als zentraler Standortfaktor wettbewerbsfähig bleibt

STEPHAN KÖHNLEIN

Viele Unternehmen siedeln sich vor allem deshalb in der Metropolregion FrankfurtRheinMain an, weil sie weltweite Direktverbindungen brauchen, schnelle Warenströme benötigen und enge Taktungen zu internationalen Geschäftspartnern haben. All das kann mit dem Frankfurter Flughafen als ein führendes globales Verkehrs- und Logistikdrehkreuz bedient werden. Doch zuletzt rutschte der Flughafen im internationalen Vergleich etwas ab. Vor allem die hohen Standortkosten sind ein Problem. Trotz der Herausforderungen bekennen sich Politik, Betreiber und Fluggesellschaften klar zum Standort.

Rund 590 Starts und genauso viele Landungen, knapp 170.000 Passagiere, mehr als 5.600 Tonnen Fracht – und das jeden Tag. Es sind beeindruckende Zahlen, die belegen, warum der Frankfurter Flughafen führender Fracht- und viertgrößter Passagierflughafen Europas ist. Jedoch gab es zuletzt ein paar Turbulenzen. So verlor das internationale Drehkreuz 2024 nach vielen Jahren seinen Spitzenplatz in der sogenannten Hub-Konnektivität und liegt nun auf Rang drei hinter Dallas/Fort Worth und Istanbul.

Vieles deutet darauf hin, dass es sich nicht nur um eine normale Marktschwankung handelt, sondern dass vor allem strukturelle Probleme der Grund dafür sind. Deren Auswirkungen könnten stärker werden, wenn nicht entschieden gegengesteuert wird. Ende 2025 verständigte sich die Regierungskoalition zwar darauf, die Erhöhung der Luftverkehrssteuer aus dem Jahr 2024 zurückzunehmen. Doch selbst wenn das Parlament der Rücknahme wie geplant zum 1. Juli 2026 zustimmen sollte, bleibt das nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Denn in vielen anderen Ländern gibt es diese Steuer überhaupt nicht.

„Frankfurt ist und bleibt Deutschlands Tor zur Welt und eines der wichtigsten Luftverkehrsdrehkreuze für Passagiere und Fracht in Europa", sagt Dr. Stefan Schulte, Vorstandsvorsitzender der Betreibergesellschaft Fraport AG. Allerdings seien die staatlich regulierten Standortkosten in Deutschland viel zu hoch. „Allein 2025 stiegen diese Belastungen für unsere Branche um 1,1 Milliarden Euro auf insgesamt 4,4 Milliarden Euro. Seit 2019 haben sich diese Kosten sogar mehr als verdoppelt", sagt er.

Hohe Standortkosten als potenzielle Business-Killer

Schulte nennt ein Beispiel: Auf einem Langstreckenflug von Frankfurt nach New York City entfallen in Summe 19.385 Euro an staatlichen Standortkosten. Für einen Flug von Madrid nach New York im gleichen Flugzeugtyp und bei identischer Auslastung sind es nur 981 Euro. „Das heißt, Madrid ist mehr als 20-mal günstiger als Frankfurt, auch weil es dort keine Luftverkehrssteuer gibt." So sei auch zu erklären, warum der Flughafen Madrid in den vergangenen Jahren beim Passagieraufkommen an Frankfurt vorbeigezogen sei.

„Die hohen Standortkosten könnten sich zum Business-Killer entwickeln", befürchtet Michael Hoppe. Er ist Chairman und Executive Director des BARIG (Board of Airline Representatives in Germany). Der Verband vertritt die Interessen von über 100 nationalen und internationalen Fluggesellschaften in Deutschland. Kostentreiber sind laut Hoppe unter anderem die Gebühren für die Luftsicherheit und die Flugsicherung, die Entgelte für die Flughafennutzung, die Kosten der Flughafeninfrastruktur sowie die Luftverkehrsteuer. „Diese Steuer, die es ohnehin nur in wenigen Ländern Europas gibt, muss dringend abgeschafft oder zumindest erheblich gesenkt werden, um die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts wiederherzustellen", sagt Hoppe. ■

Dieser Artikel ist ein Auszug eines Hintergrundberichts der Wirtschaftsinitiative PERFORM, der auch die IHK Aschaffenburg angehört.

Lesen Sie den vollständigen Bericht online:



Foto: ©Fraport AG

IHK Deutsche Industrie- und Handelskammern



WAS WIR MAL WERDEN WOLLEN: STOLZ AUF UNS.

JETZT #KÖNNENLERNEN

Ausbildung macht mehr aus uns. Für weitere Informationen wenden Sie sich an Ihre regionalen IHK-Ansprechpartner:innen.

Ausbildung macht mehr aus uns

Wirtschaftsjunioren Aschaffenburg

Die nächsten Termine

02.04.2026
Fuckup-Talk

12.04.2026
Klausurtagung

14.04.2026
Betriebsbesichtigung, Raffaello Rossi

22.04.2026
Großes Projekttreffen

08.05.2026
CityLauf Aschaffenburg

Anmeldung und weitere Informationen: https://www.wj-ab.determine/ Telefon 06021 880-104

Save the Date: Ihre IHK vor Ort in Miltenberg

Die IHK Aschaffenburg ist vom 18. bis zum 22. Mai mit ihrem Team der Aus- und Weiterbildung, den AusbildungsScouts und Personalchefs aus regionalen Unternehmen vor Ort in Miltenberg. Im „Macherhaus", mitten in der Altstadt von Miltenberg, informieren Experten rund um die Berufsausbildung, über interessante Weiterbildungsangebote und vieles mehr. Das ausführliche Programm finden Sie hier:

Die IHK Aschaffenburg freut sich auf Ihren Besuch im „Macherhaus" in Miltenberg, Hauptstraße 187!

BERUFSORIENTIERUNG

IHK AusbildungsScouts

Die IHK AusbildungsScouts informieren Schülerinnen und Schüler der allgemeinbildenden Schulen auf Augenhöhe. Sie berichten über die persönliche Berufsorientierung, die gewählte Ausbildung, das eigene Unternehmen sowie über mögliche Weiterbildungen.

Außerdem werben die Scouts für die Praktikums- und Ausbildungsangebote des jeweiligen Betriebes. So erfahren ganz nebenei potenzielle Azubis von Ihrem Unternehmen.

Weitere Infos: Luke Dramski, Telefon 06021 880-126, dramski@aschaffenburg.ihk.de

www.ihk.de/aschaffenburg

IHK-Wahl 2026 - Gestalten Sie mit!



Foto: ©Ziemlich Sulzbach

Die IHK-Vollversammlung bringt Unternehmer zusammen, die mehr wollen als nur ihr eigenes Geschäft. Hier wird Verantwortung für die gesamte Region übernommen.

Wenn euch die Zukunft unseres Standorts wichtig ist, geht wählen.

Vanessa Weber,
ehemalige CEO der
Werkzeug Weber GmbH & Co. KG,
Aschaffenburg

IHK-Wahl 2026

Zum Jahresende wählen rund 30.000 Gewerbetreibende aus Industrie, Handel und Dienstleistung am Bayerischen Untermain die IHK-Vollversammlung. ■

Aktuelle Informationen rund um die Wahl, zur IHK-Vollversammlung und der IHK finden Sie auf unserer Webseite:

IHK-Wahl

Ausschuss stellt Weichen für die Vollversammlungswahl

ASCHAFFENBURG. Am 5. März 2026 traf sich der IHK-Wahlausschuss zu seiner ersten Sitzung. Zum Vorsitzenden wurde Martin Suffel, Ehrenpräsident der IHK Aschaffenburg, gewählt.

Zudem wurden die Weichen für die Vollversammlungswahl im Herbst dieses Jahres gestellt. Für die Amtsperiode 2027 bis 2031 sind die 55 Vertreter des obersten IHK-Gremiums neu zu bestimmen, die über alle grundsätzlichen Belange der Selbstverwaltung der regionalen Wirtschaft entscheiden. Die Briefwahl ist für die zweite Hälfte November/Anfang Dezember vorgesehen. Wer für die IHK-Vollversammlung kandidieren möchte, kann sich für nähere Auskünfte an Sandra Zwanzig, E-Mail: zwanzig@aschaffenburg.ihk.de, Telefon 06021 880-151, wenden.

Zum Abschluss tauschten sich die Teilnehmenden noch untereinander aus. ■



v.l.n.r.: IHK-Hauptgeschäftsführer Dr. Andreas Freundt, Helmut Haun, Eva-Maria Staudt-Hochrein, Albert Franz, Franz Schädlich, Martin Suffel. Foto: ©IHK

IHK-WAHL 2026

Wichtige Infos für Neumitglieder

Im November 2026 sind alle wahlberechtigten Mitglieder der IHK Aschaffenburg aufgerufen, die Vollversammlung für die Jahre 2027 bis 2031 neu zu wählen. Die Vollversammlung, „das Parlament der regionalen Wirtschaft", beschließt die wesentlichen Eckpunkte der Arbeit der IHK. Um wählen zu können, muss ein IHK-Mitglied in das Verzeichnis der Wahlberechtigten, die Wählerliste, aufgenommen sein.

Sofern Sie in diesem Jahr an der Wahl teilnehmen möchten, prüfen Sie bitte spätestens bis zum 2. Juni 2026, ob Sie bereits im Wählerverzeichnis geführt werden. Sie haben die Möglichkeit, sich noch bis zum 9. Juni 2026 in das Verzeichnis aufnehmen zu lassen. Danach stellt der Wahlausschuss die Ordnungsmäßigkeit der Wählerlisten fest und eine Teilnahme an der Wahl 2026 ist nicht mehr möglich. ■

Weitere Infos finden Sie hier:

DIGITALE SERVICES

e-Rechnungen / e-Gebührenbescheide

Um die Abläufe für IHK-Mitgliedsunternehmen und Kunden zu erleichtern, bietet die IHK Aschaffenburg die Möglichkeit des elektronischen Versands von Rechnungen, Gebührenbescheiden sowie entsprechenden Gutschriften an. Damit kann der Zahlungsverkehr mit der IHK schneller, effizienter und kostengünstiger abgewickelt werden.

Die Formulare finden Sie hier:



Foto: ©Adobestocker1

Messen, Märkte, Feste, Veranstaltungen

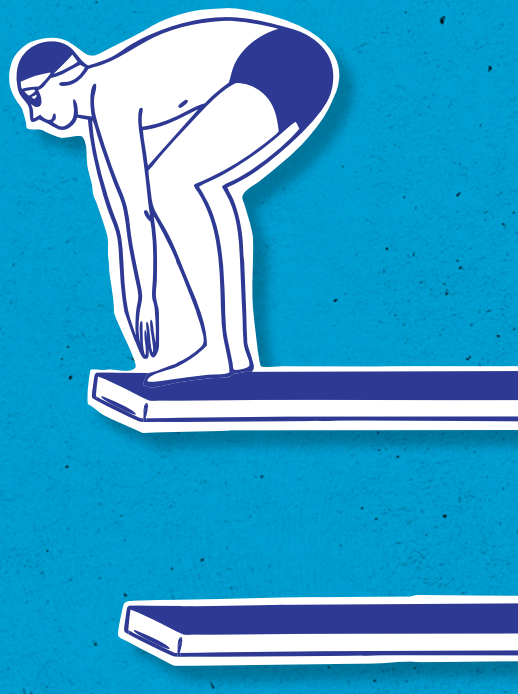
Termine 2026

In den Städten und Gemeinden unserer Region finden viele unterschiedliche Messen, Märkte, Feste und ähnliche Veranstaltungen statt, die großen Anklang finden.

Die IHK Aschaffenburg erstellt jährlich einen Veranstaltungskalender für den IHK-Bezirk. ■

Termine und weitere Informationen:

Jetzt wagen statt warten.



Wir verdoppeln unsere Darlehen.
Für ein starkes Bayern.
Für einen starken Mittelstand.

Infos und Konditionen unter
zukunft.lfa.de

Der Kredit, der anders tickt.

LfA Förderbank Bayern

Wirtschaftsjunioren Aschaffenburg

Große Resonanz beim Berufswegekompass in Elsenfeld

ELSENFELD. Volle Gänge, intensive Gespräche und viele konkrete Perspektiven für die Zeit nach der Schule – die Ausbildungsmesse für Berufsorientierung der Wirtschaftsjunioren bei der IHK Aschaffenburg am 7. März in der Untermainhalle in Elsenfeld hat wieder gezeigt, wie wichtig praxisnahe Berufsorientierung ist.



Politiker aus der Region nahmen auf Einladung der IHK am Messerundgang teil. v.l.n.r.: Kai Hohmann, Michael Preissler, Dr. Maria Bausback, Dr. Andreas Freundt, Michael Schüßler, Thomas Zöller. Foto: ©Wirtschaftsjunioren Aschaffenburg

77 Aussteller präsentierten mehr als 130 Berufsbilder aus Industrie, Handwerk, Handel, Dienstleistung und Pflege. Mehrere tausend Schüler nutzten gemeinsam mit ihren Eltern die Gelegenheit, mit den Unternehmen persönlich ins Gespräch zu kommen. Viele Betriebe brachten ihre Auszubildenden mit, die offen von ihrem Berufsalltag berichteten. Zahlreiche Gespräche führten bereits vor Ort zu Praktikumszusagen und ersten Kontakten für Ausbildungsplätze. „Berufsorientierung funktioniert am besten im direkten Dialog. Genau diesen Raum schaffen wir mit dem Berufswegekompass", betonten Tobias Waidmann und Sonja Neuberger von den Wirtschaftsjunioren Aschaffenburg. „Unser Ziel ist es, Jugendlichen echte Perspektiven in der Region aufzuzeigen und Unternehmen mit motivierten Nachwuchskräften zu vernetzen." Auch die IHK Aschaffenburg unterstrich die Bedeutung der Veranstaltung für den regionalen Ausbildungsmarkt. Gerade vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels sei es entscheidend, junge Menschen frühzeitig für berufliche Wege in der Region zu begeistern. Ergänzt wurde die Messe mit Kurzvorträgen zu Themen wie duale Ausbildung, duales Studium und Berufsfindung.

IHK-Hauptgeschäftsführer Dr. Andreas Freundt führte gemeinsam mit WJ-Vorstand Michael Preissler den Landtagsabgeordneten Thomas Zöller, Bürgermeister Kai Hohmann und den Landratskandidaten Michael Schüßler über die Ausbildungsmesse. Sie besuchten verschiedene Aussteller an ihren Ständen und beantworteten Fragen der Besucher.

Der nächste Berufswegekompass findet am 10. Oktober 2026 in der Linde MH Arena in Aschaffenburg statt. Informationen werden regelmäßig auf www.berufswegekompass.net bereitgestellt. ■

VERÖFFENTLICHUNG/ AMTLICHE BEKANNTMACHUNG

Der Wahlausschuss beim Finanzgericht Nürnberg hat aus der Vorschlagsliste der IHK Aschaffenburg folgende Personen zu ehrenamtlichen Richtern bestimmt:

Thomas Feußner, Obernburg
Nicole M. Pfeffer, Mömlingen
Hubert Salg, Weibersbrunn
Eva-Maria Staudt-Hochrein, Hösbach

Diese Wahl der Wirtschaftsvertreter aus dem hiesigen IHK-Bezirk gilt für die fünfjährige Amtszeit von 2026 bis 2030. ■

VERÖFFENTLICHUNG/ AMTLICHE BEKANNTMACHUNG

Sachverständiger Marcel Geis wieder bestellt

Marcel Geis wurde am 25. Januar für das Sachgebiet „Straßenverkehrsunfälle" erneut für fünf Jahre von der IHK Aschaffenburg öffentlich bestellt. Seine Erstbestellung war am 25. Januar 2021. Geis steht damit weiterhin als unabhängiger und objektiver Fachmann mit überdurchschnittlicher Sachkunde den Gerichten, Behörden und der Allgemeinheit zur Verfügung. Das Sachverständigenbüro befindet sich in Goldbach. ■

Webinar „Die Tachographenpflicht“

Der digitale Tachograph ist ein unverzichtbares Instrument im Transportalltag von Fahrern und Unternehmern.

Eine korrekte Bedienung ist entscheidend, um Bußgelder zu vermeiden. Neu ist, dass ab dem 1. Juli 2026 auch Fahrzeuge über 2,5 Tonnen zulässigem Gesamtgewicht im grenzüberschreitenden Verkehr von der Tachographenpflicht betroffen sind, sofern keine Ausnahmeregelungen greifen.

Wir laden Sie zu unserem kostenlosen Webinar „Die Tachographenpflicht – kompakt und praxisnah (inkl. der gesetzlichen Änderung ab 1. Juli 2026)“ ein.

Das Webinar wird gemeinsam von der Handwerkskammer für Unterfranken und den Bayerischen Industrie- und Handelskammern angeboten und richtet sich an alle Mitglieder der Industrie- und Handelskammern und des bayerischen Handwerks.

Wann? 20. April 2026, 10:00 Uhr
Dauer? ca. 2 Stunden

Bei Interesse melden Sie Ihre Teilnahme bitte bis 19. April an.

Weitere Informationen und die Möglichkeit zur Anmeldung:

Ansprechpartnerin bei der IHK:
Heike Dang, Telefon 06021 880-137,
E-Mail: dang@aschaffenburg.ihk.de

Wirtschaftsjunioren Aschaffenburg

ASCHAFFENBURG. Traditionell begann das Jahr für die Wirtschaftsjunioren mit dem Vortrag zur Konjunkturprognose von Professor Hartwig Webersinke. Am 21. Januar gab er im Martinushaus in Aschaffenburg einen Einblick in die wirtschaftliche Situation Deutschlands und in dessen Stellung in der Welt. Die Lage sei nach wie vor angespannt und auch die teils unberechenbaren Entscheidungen, die durch die amerikanische Regierung getroffen würden, sorgten hier nicht für eine Konstante in der Weltwirtschaft, so Professor Webersinke.


Foto: ©Screen-box

A+ GMBH
IT-DIENSTLEISTER
Der zuverlässige Partner rund um Ihre IT!
ERP-SOFTWARE
CLOUD LÖSUNGEN
IT-SERVICE
www.aplus.it
(0 60 27) 40 39 50
FÜR EIN GUTES IT-GEFÜHL
COMPUTER . SOFTWARE . SERVICE

MRS BERATUNG
Finanzen - Nachfolge - Wandel
info@mrsberatung.de / www.mrsberatung.de


©domi002/stock.adobe.com
digital statt analog
InfoCenter der IHK Aschaffenburg
Weg mit dem Papier!
Nutzen Sie unsere digitalen IHK-Services!
IHK Industrie- und Handelskammer Aschaffenburg

createME!

WIR LEBEN KOMMUNIKATION.

VON ERSTER IDEE BIS END PRODUKT



»Wir bringen Ihre Projekte zum Erfolg! Sprechen Sie uns an.«

Foto: Björn Friedrich

createME – Die Main-Echo Inhouse-Agentur. Telefon 06021 396-454 · www.create-me.de

Grafik: ©freepik.com/rawpixel.com

IHK-Podiumsdiskussionen zur Kommunalwahl



IHK-Podiumsdiskussion zur Landratswahl im Kreis Aschaffenburg

Die erste von drei Podiumsdiskussionen zur Kommunalwahl 2026 fand in der IHK Aschaffenburg statt. Die Spitzenkandidaten für die Landratswahl im Kreis Aschaffenburg – Dr. Alexander Legler (CSU), Florian Hofmann (Die Linke) und Joachim Rausch (AfD) – stellten sich den Fragen der regionalen Wirtschaft. Moderiert wurde die Veranstaltung von Katrin Küx. SPD-Kandidat Simon Dümig hatte abgesagt.

Im Mittelpunkt standen zentrale Themen für den Bayerischen Untermain: Bildung und Fachkräfte, Bezahlbarer Wohnraum und Standortentwicklung, Energiewende und Mobilität.

IHK-Podiumsdiskussion zur Oberbürgermeisterwahl 2026

Die vier Kandidaten Julian Dalberg (FDP), Monika Hartl (Bündnis 90/Die Grünen), Jürgen Herzing (SPD) und Markus Schlemmer (CSU) diskutierten in der IHK über zentrale Zukunftsfragen der Stadt Aschaffenburg. Die Kandidatin der Linken, Lateesha Halmen, konnte krankheitsbedingt nicht teilnehmen.

Im Fokus standen Themen wie Wirtschaftsförderung und Standortmanagement, Innovation, Bildung und Fachkräfte, Energiewende und Klimaschutz, Bürokratieabbau und effiziente Verwaltung.





IHK-Podiumsdiskussion zur Landratswahl im Kreis Miltenberg

Bei der dritten Podiumsdiskussion zur Kommunalwahl 2026 brachte die IHK Aschaffenburg Unternehmerinnen und Unternehmer aus der Region mit den Kandidatinnen und Kandidaten für die Landratswahl im Kreis Miltenberg zusammen. Veranstaltungsort war das Evolum Coworking & Tagungszentrum in Miltenberg.

Björn Bartels (CSU/Neue Mitte), Michael Schüßler (Freie Wähler), Dr. Christian Steidl (AfD) und Peter Weis (Bündnis 90/Die Grünen) nahmen Stellung zu wirtschaftsrelevanten Fragestellungen im Landkreis. Die Kandidatin der Linken, Ann-Sophie Maria Groß, verließ die Veranstaltung nach der Vorstellungsrunde, da sie nicht mit dem AfD-Kandidaten das Podium teilen wollte.

Im Fokus standen erneut zentrale wirtschaftliche Themen wie Wirtschaftsförderung und Standortentwicklung, Fachkräfte und Bildung, Bürokratieabbau und Energiewende. ■

Tipps und Tools

Weiterbildung:
Drei Schritte zur Kurswahl und Finanzierung



Eine Weiterbildung machen? Das Interesse daran ist in den vergangenen fünf Jahren gesunken, wie aktuell eine Umfrage der Bertelsmann-Stiftung zeigt. Hürden können zum Beispiel Zeitmangel, hohe Kosten und mangelnder Durchblick sein, welcher Kurs überhaupt sinnvoll sein könnte. Wer sich beruflich fit machen und seine Position im Betrieb sowie auf dem Arbeitsmarkt stärken will, dem könnten diese drei Schritte weiterhelfen:

1. Überblick bei der Kurswahl verschaffen

Auch wenn die Möglichkeiten erst mal endlos erscheinen: »Mittlerweile gibt es eine Vielzahl an Möglichkeiten, um sich über Weiterbildungen zu informieren«, sagt Fabian Rüter vom Institut für Erwachsenenbildung (DIE). Der Experte verweist auf folgende Angebote:

- Die Bundesagentur für Arbeit bietet mit Kursnet und dem nationalen Onlineportal für berufliche Weiterbildung (mein NOW) umfassende Weiterbildungs- und Beratungsangebote. Dort finden sich auch hilfreiche Online-Tests, Informationen zu Förderungen sowie umfassende Infos zu beruflicher Weiterbildung.
- Auch die Metasuchmaschine InfoWeb Weiterbildung kann als umfassende Datenbank weiterhelfen. Hier könnten Interessierte zudem gezielt nach örtlichen Beratungsmöglichkeiten zur Weiterbildung und zu Fördermöglichkeiten von Weiterbildung recherchieren, so Rüter.
- Wer etwas über die eigenen Stärken, Fähigkeiten und Kompetenzen erfahren möchte, kann zum Beispiel die entsprechenden Tools auf ProfilPASS (DIE) oder mein NOW (Agentur für Arbeit) nutzen. Anhand der Ergebnisse können Nutzerinnen und Nutzer besser einschätzen, welche beruflichen Weiterentwicklungen passend sein können.

2. Anbieter kritisch prüfen

Der Markt für Weiterbildungen ist groß. Wichtig ist, auf seriöse Anbieter zu setzen. Wer eine Weiterbildung über die Bundesagentur für Arbeit





Wer eine passende Weiterbildung sucht, informiert sich am besten erstmal auf seriösen Webseiten. Foto: Christian Charisius (dpa)

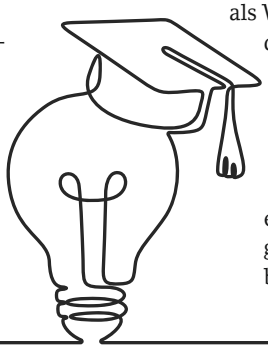
gefördert bekommt, muss ohnehin auf zertifizierte Anbieter zurückgreifen. Damit soll die Qualität der Weiterbildung sichergestellt werden. Auch Seminare und Kurse, die etwa für einen Bildungsurlaub infrage kommen, unterlaufen eine Qualitätsprüfung, bevor sie offiziell anerkannt werden.

Wer unabhängig davon auf die Suche nach Weiterbildungen geht, tut gut daran, zu prüfen, ob die Angebote die eigenen Erwartungen und Bedarfe erfüllen. Unrealistische oder übertriebene Versprechungen sollten dabei skeptisch hinterfragt werden, rät Fabian Rüter. Auch ein fehlendes Impressum, mangelnde Informationen über den Anbieter und die Philosophie des Trägers, die Qualifizierung der Lehrenden oder den Inhalt und den Ablauf der Weiterbildung könnten Hinweise auf mangelnde Qualität sein.

3. Zu Fördermöglichkeiten informieren

Egal, ob im bestehenden Arbeitsverhältnis oder aus der Arbeitslosigkeit heraus: Es gibt vielfältige Fördermöglichkeiten für berufliche Weiterbildungen, zu denen unter anderem Bildungsgutscheine, das Aufstiegs-Bafög oder Stipendien gehören. Verbindliche Informationen zu gesetzlichen Fördermöglichkeiten und Förderumfang erhalten Interessierte zum Beispiel in einer Beratung bei der Agentur für Arbeit vor Ort. Einen ersten Überblick bietet auch der Fördernavigator auf mein NOW.

Für einen Bildungsurlaub oder eine Bildungszeit sind ebenfalls Förderprogramme im jeweiligen Bundesland denkbar, die Teilkosten der Bildungsmaßnahme decken. Die Kosten für einen solchen Kurs, der einen engen Zusammenhang zur beruflichen Tätigkeit hat, können in voller Höhe als Werbungskosten bei der Einkommensteuererklärung angegeben werden.



Denkbar ist auch eine Kostenbeteiligung des Arbeitgebers. *dpa*

Leichter lernen

Studie: Wörter mit schönem Klang lassen sich besser merken

Wörter mit einem schönen Klang lassen sich laut einer Studie besser merken. Wissenschaftler der Universität Wien legten rund 100 englischsprachigen Test-Teilnehmern Kunstworte wie »clisious«, »smanious« oder »drikious« vor. Sie wollten prüfen, wie allein die Laute, unabhängig von der Bedeutung, unsere Wahrnehmung beeinflussen. Außerdem wurde untersucht, ob sich die Schönheit der Laute auch auf die Lernbarkeit von Wörtern auswirkt.

Dazu sollten die Teilnehmer verschiedene Pseudo-Wörter sichten, die basierend auf früheren Beschreibungen als »schön«, »neutral« oder »nicht schön« gestaltet worden waren. Zunächst sollten sie die Wörter lernen und sich merken, später sollten sie sie wiedergeben und letztlich auch bewerten, wie schön sie die Wörter fanden. »Wir fanden heraus, dass jene Wörter, die sich die Teilnehmenden am besten merkten, von ihnen auch als am schönsten wahrgenommen wurden», sagte Studienleiterin Theresa Matzinger.

Der Zusammenhang zwischen ästhetischer Wahrnehmung und Lernbarkeit von Sprache könnte Auswirkungen auf das Lernen von Fremdsprachen, auf Marketingstrategien und auf den Sprachwandel über Generationen hinweg haben. »Vielleicht bleiben bestimmte Lautmuster in Sprachen bestehen, weil sie schön klingen, während andere verschwinden, weil wir sie weniger ansprechend finden«, sagt Matzinger. *dpa*



TH Aschaffenburg

25 Jahre Campus Careers

HEIKE SPIELBERGER, TECHNISCHE HOCHSCHULE ASCHAFFENBURG

ASCHAFFENBURG. Die hochschuleigene Unternehmens- und Personalkontaktmesse der Technischen Hochschule (TH) Aschaffenburg für Studierende der Region Bayerischer Untermain ist im vergangenen Vierteljahrhundert zu einer etablierten Karriereplattform geworden. Am 21. Mai 2026 feiert die Campus Careers der TH Aschaffenburg ihr 25-jähriges Bestehen. Die Veranstaltung, die erstmals mit 14 Unternehmen am 15. November 2001 stattfand, hat sich inzwischen zu einer bewährten Karrieremesse in der Region Bayerischer Untermain entwickelt. Sie unterstützt Studierende beim Berufseinstieg und Unternehmen bei der Fachkräftegewinnung.

Der Start im Jahr 2001 stand unter schwierigen Vorzeichen. Nur wenige Wochen nach den Anschlägen vom 11. September entschied sich die Hochschule dennoch bewusst für die Durchführung der Messe – als Zeichen für Dialog, Zusammenhalt und Zukunftsperspektiven. Dieser Mut zahlte sich aus: Bereits in den Folgejahren wuchs die Veranstaltung stetig.

Zum zehnjährigen Jubiläum 2011 präsentierte sich die Campus Careers „so groß wie noch nie" mit 52 Unternehmen. 2012 erreichte die Messe mit 72 Ausstellern einen weiteren Meilenstein und war damit die bis dahin größte Veranstaltung ihrer Art an der Hochschule. Aufgrund der starken Nachfrage wurde die Messe mehrfach in einem eigens errichteten Messezelt auf dem Campus durchgeführt. In den Anfangsjahren wurde die Campus Careers maßgeblich vom Akademiker Netzwerk Aschaffenburg e.V. und engagierten Studierenden organisiert, bevor sie unter das Dach des Career Service der Hochschule wechselte. Dieses studentische Engagement prägte die Messe von Beginn an: Neben klassischen Messeständen etablierten sich früh Kurzpräsentationen der Unternehmen, Bewerberservices und zusätzliche Informationsangebote rund um Karriere und Bewerbung.

Mit dem Wachstum der Hochschule veränderte sich auch die Campus Careers. Heute spiegelt sie die fachliche Vielfalt der Technischen Hochschule Aschaffenburg wider – von Wirtschaft und Recht über Ingenieurwissenschaften und Informatik bis hin zu den neu hinzugekommenen Gesundheits- und Sozialwissenschaften. Darüber hinaus wird die Messe zunehmend internationaler. Immer mehr sogenannte Degree-Seeking-Studierende besuchen die Veranstaltung. Dabei handelt es sich um internationale Studierende, die ihr vollständiges Bachelor- oder Masterstudium an der TH Aschaffenburg absolvieren und einen deutschen Hochschulabschluss erwerben – mit dem klaren Ziel, im Anschluss in Deutschland beruflich Fuß zu fassen. Gerade für diese Gruppe ist die Campus Careers eine wichtige Brücke in den regionalen Arbeitsmarkt. Gleichzeitig stehen internationale Studierende bei der Jobsuche häufig vor besonderen Herausforderungen. Neben formalen Rahmenbedingungen sind vor allem Sprachkenntnisse entscheidend. Während viele Studienangebote international ausgerichtet sind, setzen zahlreiche Unternehmen im Arbeitsalltag sichere Deutschkenntnisse voraus. Der persönliche Austausch auf der Messe hilft hier, Erwartungen transparent zu machen und gegenseitiges Verständnis zu fördern.



Die Campus Careers ist eine etablierte Karriereplattform. Foto: ©TH Aschaffenburg

Auch strukturell wird die Campus Careers weitergedacht. Künftig sollen verstärkt wieder hochschuleigene Räumlichkeiten genutzt werden. Diskutiert wird zudem ein neues Konzept mit fachlicher Spezialisierung. Ziel ist eine noch präzisere Vernetzung zwischen Studierenden und Unternehmen mit passgenauen Profilen und konkreten Bedarfen.

25 Jahre nach ihrer Gründung ist die Campus Careers damit mehr als eine klassische Karrieremesse. Sie ist Ausdruck einer gewachsenen Partnerschaft zwischen Hochschule und regionaler Wirtschaft – und ein lebendiges Forum für Austausch, Perspektiven und gemeinsame Zukunftsgestaltung.

Weitere Informationen zur Campus Careers sind unter www.th-ab.de/campus-careers zu finden.

Drei Fragen an

Ernst Schulten, Leiter des International Office und Career Service, TH Aschaffenburg

25 Jahre Campus Careers – Was macht die Messe so erfolgreich?

Seit 25 Jahren ist die Campus Careers die zentrale Recruiting-Plattform am Bayerischen Untermain. Sie steht für Kontinuität, Nähe zur Praxis und nachhaltige Nachwuchsgewinnung. Der Erfolg basiert auf dem direkten, persönlichen Austausch zwischen Unternehmen und qualifizierten Studierenden, einer starken regionalen Vernetzung und der engen Anbindung an die TH Aschaffenburg. Hier treffen Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber gezielt auf zukünftige Fachkräfte.

Gibt es im Jubiläumsjahr der Campus Careers ein besonderes Programm?

Im Jubiläumsjahr bietet die Campus Careers echten Mehrwert: Die Messe wird mit der internationalen Global Master School kombiniert und mit Gästen aus Finnland und den USA bereichert. Internationale Vorträge, eine Career Week sowie Unternehmensvorträge schaffen zusätzliche Sichtbarkeit, vertiefte Kontakte und neue Impulse – weit über den Messetag hinaus.

Warum lohnt es sich für Unternehmen aus der Region, mit einem Messestand dabei zu sein?

Ein Messestand bietet direkten Zugang zu Studierenden aus Wirtschaft, Technik, Informatik und Gesundheitswissenschaften. Unternehmen können sich als attraktive Arbeitgeber präsentieren, Nachwuchskräfte frühzeitig binden und zusätzlich durch Vorträge in der Career Week gezielt auf sich aufmerksam machen. Weitere Veranstaltungsformate im Hinblick auf die Rekrutierung von Studierenden sind derzeit noch in Planung.

BESSER BAUEN. MAY.

Leben und Arbeiten in Waldaschaff:

Erstklassig gelegenes Gewerbeareal mit optimaler Infrastruktur



Wo: 63857 Waldaschaff
verkehrsgünstig direkt an der Anschlussstelle A3

Was:	Werkswohnung	ca. 170 m² Wfl.
	Werk- und Lagerhalle	ca. 566 m² Nfl.
	Bürofläche	ca. 216 m² Nfl.
	Grundstücksfläche:	ca. 4.894 m²
	Kaufpreis:	**1.195.000,00 €**

Käuferprovision: 3,57% inkl. MwSt.

Energieausweis Halle -/ Bürofläche: Energiebedarfsausweis: 412,4 kWh/(m²*a), Heizöl EL, Bj. 1987, H
Energieausweis Werkswohnung: Energiebedarfsausweis: 186,4 kWh/(m²*a), Heizöl EL, Bj. 1987, F

06021 33620 verkauf@may-firmengruppe.de www.may-firmengruppe.de

Glückwunsch zum Firmenjubiläum!



25 Jahre
Spar-Paradies, Aschaffenburg

Von der IHK Aschaffenburg überreichte Lena Kirchgessner (Mitte) eine Ehrenurkunde zum 25-jährigen Firmenjubiläum an Katharina und Cevdet Devecioglu.

Foto: ©IHK

Folgende Arbeitnehmerjubiläen wurden der IHK gemeldet:

ARBEITNEHMERJUBILÄEN MÄRZ

Adam Hörnig Baugesellschaft mbH & Co. KG, Aschaffenburg

25 Jahre

Markus Rosemeier, Vorarbeiter

GBS Grundbau Bohrtechnik Spezialtiefbau GmbH & Co. KG, Aschaffenburg

10 Jahre

Andreas Kraft, Vorarbeiter

Gunold GmbH, Stockstadt a. Main

25 Jahre

Elena Frank, Produktionsmitarbeiterin

Steha-Elektronik GmbH, Bessenbach

25 Jahre

Gennady Feigin

Suffel Fördertechnik GmbH & Co. KG., Aschaffenburg

25 Jahre

Kai Rauscher

40 Jahre

Michael Seidel;
Ralf Weiß

WIKA Alexander Wiegand SE & Co. KG, Klingenberg a. Main

10 Jahre

Marius Broßler;
Matthias Ruppert;
Maaike Schüßler

25 Jahre

Melanie Pfeifer

40 Jahre

Reiner Ott

ARBEITNEHMERJUBILÄEN APRIL

Adam Hörnig Baugesellschaft mbH & Co. KG, Aschaffenburg

10 Jahre

B.Eng. Stefan Schlappa, Bauleitung Brückenbau

Dreßler Bau GmbH, Aschaffenburg

25 Jahre

Matthias Kohlhepp, Schreiner

GBS Grundbau Bohrtechnik Spezialtiefbau GmbH & Co. KG, Aschaffenburg

10 Jahre

Mareike Karpf, Kfm. Angestellte/Sekretariat

Gemeindewerke Kahl Versorgungsgesellschaft mbH, Kahl a. Main

25 Jahre

Alexander Polanec, Wassermeister

Hörnig Bauwerkssanierung GmbH, Aschaffenburg

10 Jahre

Nikolay Boyko, Facharbeiter;
Viktor Cesnokov, Facharbeiter;
Franz Fath, Fachwerker

KISSEL Spedition GmbH, Mainaschaff

25 Jahre

Kai-Reinhard Böhnlein

Robert Kunzmann GmbH & Co. KG, Aschaffenburg

25 Jahre

Birgit Elbert, Rechnungswesen

Robert Kunzmann GmbH & Co. KG, Stockstadt a. Main

25 Jahre

Jürgen Keller, Werkstatt Nfz;
Christian Unkelbach, Service Annahme Nfz

Suffel Fördertechnik GmbH & Co. KG., Aschaffenburg

25 Jahre

Jürgen Deichert;
Gerwin Nehr;
Heike Rohmann

40 Jahre

Bernd-Dieter Hettinger

WAIDELICH-mechanik GmbH, Kleinheubach

25 Jahre

Tobias Finn, CNC-Fräser

WIKA Alexander Wiegand SE & Co. KG, Klingenberg a. Main

10 Jahre

Louisa Braunwarth-Wanka;
Andreas Emrich;
Sebastian Herold;
René Wendelmuth

25 Jahre

Harald Gollas;
Andre Grimmbacher;
Timo Heß;
Hans-Peter Picard;
Tanja Schwinn;
Andreas Trützler

40 Jahre

Hubert Breunig;
Dietmar Kuhn;
Christina Väthröder

NACHMELDUNGEN ARBEITNEHMERJUBILÄEN JANUAR

ASC Technologies Aktiengesellschaft, Hösbach

25 Jahre

Michaela Wildner, Controlling

Gunold GmbH, Stockstadt a. Main

25 Jahre

Christian Vacek, Leiter Versand

NACHMELDUNGEN ARBEITNEHMERJUBILÄEN FEBRUAR

Gunold GmbH, Stockstadt a. Main

25 Jahre

Nicole Ortas, Sachbearbeiterin Einkauf/Disposition;
Andrea Pecho, Versandmitarbeiterin

Robert Kunzmann GmbH & Co. KG, Aschaffenburg

25 Jahre

Annette Schramm, Sekretariat Service Leitung

Folgende Firmenjubiläen wurden der IHK gemeldet:

NACHMELDUNG FIRMENJUBILÄUM

25 Jahre

Kai Hungerland, Arbeitsbühnenverleih, Miltenberg
am 1. Januar 2026

FIRMENJUBILÄEN IM MÄRZ

100 Jahre

Oelze Präzisions-Meßzeugfabrik Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Aschaffenburg
am 1. März 2026

50 Jahre

Advisor GmbH, Mömbris
am 16. März 2026

SCHRÖTER GmbH + Co. KG Metallwarenfabrik, Dorfprozelten
am 1. März 2026

25 Jahre

Oliver Bernhard, Einzelhandel mit EDV-Geräten und Zubehör, Karlstein am Main
am 26. März 2026

Fußner GmbH, Großostheim
am 1. März 2026

Sabine Werner, Vermittlung von Reisen, Aschaffenburg
am 19. März 2026





FIRMENJUBILÄEN IM APRIL

50 Jahre

HTV Electronic Halbleiter Technik Vertrieb GmbH, Aschaffenburg
am 15. April 2026

Kraus Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Johannesberg
am 27. April 2026

MONETA-Verwaltungs-gesellschaft mit beschränkter Haftung, Stadtprozelten
am 15. April 2026

Turnverein Sailauf 1912 e.V., Vereinsgaststätte, Sailauf
am 1. April 2026

25 Jahre

Brass Carlease Verwaltungs GmbH, Aschaffenburg
am 25. April 2026

Brass Carlease GmbH & Co. KG, Aschaffenburg
am 26. April 2026

Öner Bulut, Versicherungsagentur, Stockstadt am Main
am 1. April 2026

Michael Fäth, inventhaus Veranstaltungstechnik, Aschaffenburg
am 11. April 2026

Finanzhaus Fürst GmbH, Bürgstadt
am 1. April 2026

Manfred Heidinger, Vermittlung von Versicherungen, Erlenbach am Main
am 1. April 2026

Barbara Majowicz-Pfeifer, Vermittlung von Versicherungen und Vermittlung im Investmentbereich, Aschaffenburg
am 23. April 2026

Liselotte Schmitt, „Burgterrasse Clingenburg", Klingenberg am Main
am 1. April 2026

HINWEIS

Adressbuchschwindel

Immer wieder werden Unternehmen mit zweifelhaften Angeboten von rein privatwirtschaftlich geführten Adress- und Gewerbeverzeichnisanbietern konfrontiert. Auf den ersten Blick sehen diese Schreiben oft aus wie amtliche Gebührenbescheide oder fällige Rechnungen. Erst im Kleingedruckten erschließt sich der wahre Zweck. Allein durch Überweisung des genannten Rechnungsbetrages kommt dann erfahrungsgemäß ein Vertrag zustande. Es gilt daher, solche Schreiben genau zu prüfen. Ist der Absender bekannt? Wird eine Kontoverbindung im Ausland angegeben? Im Zweifel hilft die IHK, unseriöse Angebotsschreiben zu erkennen.

Weitere Infos:
Silke Heinbücher, Telefon 06021 880-115,
heinbuecher@aschaffenburg.ihk.de

Glückwunsch zum Firmenjubiläum!



25 Jahre
IT-Service Häcker e.K., Mömbris

Zum 25-jährigen Firmenjubiläum überreichte Verena Rollmann von der IHK Aschaffenburg eine Ehrenurkunde an Inhaber Jörg Häcker.

Foto: ©IT-Service Häcker e. K.



25 Jahre
Gesundheits- und Ernährungsinstitut Sonnenblume, Elsenfeld

Zum 25-jährigen Firmenjubiläum überreichte Lena Kirchgessner von der IHK Aschaffenburg (links) eine Ehrenurkunde an Inhaberin Susanne Vorbeck.

Foto: ©IHK

PERSÖNLICHES

Peter Schwab

60. Geburtstag


Foto: ©Fotostudio Creative Photo

Peter Schwab, Geschäftsführer der Hotel Lamm Betriebs GmbH, Heimbuchenthal, feierte am 7. März seinen 60. Geburtstag.

Nach seiner Ausbildung zum Koch, die er von 1982 bis 1985 im Hotel-Restaurant Waitz in Lämmerspiel absolvierte, sammelte Peter Schwab Erfahrungen in zwei mit Michelin-Sternen ausgezeichneten Betrieben, im Schloßhotel Friedrichsruhe in Zweiflingen, sowie im Restaurant Bareiss in Baiersbronn.

1988 kehrte er in den elterlichen Betrieb nach Heimbuchenthal zurück und legte 1998 erfolgreich die Prüfung zum Küchenmeister ab. 2008 trat Peter Schwab in die Geschäftsführung ein, seit 2014 ist er alleiniger Geschäftsführer der Hotel Lamm Betriebs GmbH. Unter seiner Leitung entwickelte sich das Unternehmen zu einer anerkannten Adresse im Tagungs- und Qualitätstourismus. Sein Anspruch ist es, den wirtschaftlichen Erfolg mit regionaler Verbundenheit zu vereinen. Der Hotelier setzt sich seit vielen Jahren für die nachhaltige Tourismusentwicklung im Spessart ein.

Peter Schwab engagiert sich ehrenamtlich in verschiedenen Fachgremien und Branchenorganisationen, wie TOP 250 Germany - Die besten Tagungshotels in Deutschland, Räuberland Touristik, Wanderbares Deutschland, DEHOGA Bayern. Seit 2022 ist er Mitglied der IHK-Vollversammlung und im IHK-Tourismusausschuss aktiv.

Peter Schwab ist verheiratet und hat zwei Kinder.

Nachhaltige Innovationen vom Bayerischen Untermain

Klimawandel, Ressourcenknappheit – Wir stehen vor großen Herausforderungen. Unternehmen bieten bereits umweltfreundliche und ressourcenschonende Lösungen an. Wir stellen physische und digitale Innovationen vom Bayerischen Untermain für eine nachhaltige Zukunft vor. Ob Mode, Verpackungen, Maschinen, Software... – zukunftsweisende Lösungen gibt es in vielen Bereichen.

Innovatives Verfahren für effizientes Heizen

Wie kam es zur Idee, die Thermisch Hydraulische Optimierung zu entwickeln?

Es begann 2009 mit dem Schlüsselerlebnis, dass der Hydraulische Abgleich (HA) an der neuen Heizung 20% weniger Wärmebedarf bedeutete. Der hohe Aufwand für den HA führte zu Überlegungen, das zu vereinfachen, und schließlich zu einem Patent. Unterstützt wird das Vorgehen durch ein eigens entwickeltes Messgerät.

Welche zukunftsweisende Lösung bietet das Verfahren?

Das „Fieberthermometer" für die Heizung zeigt in wenigen Minuten den Betriebszustand der Heizung und erkennt so, ob diese optimal eingestellt ist. Für den Service vor Ort (z. B. Energieberater, Installateure, Schornsteinfeger) ist es eine Ergänzung mit einfacher Handhabung und schnellem Ergebnis. Zudem überwacht es im stationären Betrieb die Heizungsanlage über die gesamte Heizperiode, alarmiert bei Bedarf und erkennt frühzeitig Abweichungen von der optimalen Heizungseinstellung. So lassen sich erhöhter Energieverbrauch und höhere Kosten vermeiden.

Wie ist die Marktakzeptanz? Wie hoch ist die Ersparnis beim Einsatz des Verfahrens?

Das THOpVerfahren kann wegen seiner Einfachheit und vom THOpMeter unterstützt ggf. von jedem selbst ausgeführt werden. Zur Ersparnis lässt sich sagen, je höher die Jahresbetriebskosten und das Optimierungspotenzial, desto eher rechnen sich Investitionen.



THOpMeter für bis zu 3 Heizkreise im mobilen und stationären Einsatz
Foto: ©THOp UG (haftungsbeschränkt)

Die THOp UG (haftungsbeschränkt) Energie Innovationen hat ein Forschungsprojekt auf Basis des Patentes zur Thermisch Hydraulischen Optimierung mit drei Zielen durchgeführt:

1. Betriebszustand mit einem Messgerät transparent machen
2. Betriebszustand durch ein einfaches Verfahren optimieren
3. Heizlast mit der optimierten Heizung messen.

Unterstützt wurde die THOp Energie Innovationen von zwei Partnern, einem Spezialisten für das IoT-basierte THOpMeter und einer Internetagentur für die Entwicklung und den Betrieb des THOpPortals. Für Privatpersonen entwickelt das Unternehmen zurzeit eine WLAN-basierte Lösung für EFH- und Etagenheizungen.

100 Jahre Oelze Präzisions-Messzeugfabrik GmbH

Von Holz zu Stein: Präzision in vierter Generation

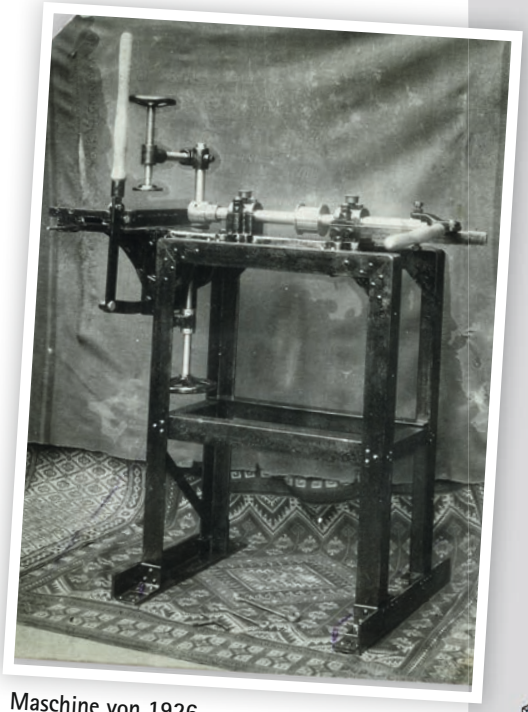
ASCHAFFENBURG. Als Rudolf Oelze 1926 das Unternehmen in Aschaffenburg gründete, beschäftigte sich die Firma Oelze mit Holzbearbeitungsmaschinen und Schreinereibedarf.

In den 1950er Jahren änderte sich das Produktportfolio: Es wurden erste Messzeuge sowie Anreiß- und Richtwerkzeuge aus Grauguss hergestellt. Inzwischen war das Unternehmen nach Glattbach umgezogen, Sohn Wilhelm hatte die Geschäftsführung übernommen und trieb die Entwicklung zielstrebig voran. Die maximal mögliche Präzision von Hartgestein verdrängte in den 1960er Jahren den Werkstoff Metall. Die Firma Oelze stellte nun Standard-Messplatten aus Granit her.

Bis in die 1990er Jahre bestand das Hauptgeschäftsfeld aus Granit Standard-Messmitteln. Rolf Oelze, der ab 1980 die Geschicke des Unternehmens leitete, konzentrierte sich neben einem umfassenden Standardsortiment zusätzlich auf den Bau von Sonderkonstruktionen und Prototypen. 1993 erhielt das Unternehmen die Akkreditierung der Deutschen Akkreditierungsstelle GmbH (DAkkS) als Kalibrierlaboratorium.

Heute vertreibt die Firma Oelze ihre Präzisionsbauteile in die USA, nach Japan, Indien, Frankreich und zahlreiche weitere Länder. Wie Geschäftsführer Lars Oelze erläutert, werden die kundenspezifischen Sonderanfertigungen vornehmlich in der Mess- und Regeltechnik, in Präzisionsbearbeitungsanlagen und in den Bearbeitungsmaschinen von Mikroelektronik eingesetzt. Darüber hinaus nutzen auch verschiedene Physikalische Forschungsinstitute die jahrzehntelange Kompetenz des Familienunternehmens.

Die rund 30 Mitarbeiter produzieren Hightech in Stein, zum Beispiel Bauteile für verschiedene Teilchenbeschleuniger für die physikalische Grundlagenforschung weltweit. Diese bis zu 25 Tonnen schweren und bis zu zehn Meter großen Bauteile können monolithisch bearbeitet werden.



Maschine von 1926

Fotos: ©Oelze Präzisions-Messzeugfabrik GmbH

Die Oelze GmbH setzt auf Nachwuchs aus den eigenen Reihen. Die meisten Beschäftigten wurden im Unternehmen ausgebildet. In einem sozial intakten Umfeld hochwertige technische Produkte herzustellen – das ist damals wie heute das erklärte Ziel des Unternehmens. ■

WIR MACHEN (E-)BIKE-LEASING FÜR UNTERNEHMEN LEICHT.

RADHAUS
Aschaffenburg | Bürgstadt

Persönlich, kompetent und regional an Ihrer Seite.

Race Worx OHG
Radhaus Aschaffenburg
Stengerstraße 8
63741 Aschaffenburg

Race Worx OHG
Radhaus Bürgstadt
Am Stadtweg 4a
63927 Bürgstadt

Jetzt Kontakt aufnehmen

Thomas Wissel
t.wissel@
radhaus-aschaffenburg.de
www.radhaus.digital

#GemeinsamWeiterbilden

WEITERBILDUNGEN IM APRIL UND MAI

Betriebswirtschaft, Bürokommunikation/EDV, Persönlichkeitstraining

1./2. April	Prüfungsvorbereitung „Kaufleute für Büromanagement" Prüfungsteil Kaufmännische Steuerung
1. April	Erfolgreiche Verkaufsgespräche führen
9. April	Erfolgreich telefonieren und kommunizieren für Auszubildende
10. April	Lernmanagement für Auszubildende
14. April	ONLINE: Update Lohnsteuer, Sozialversicherungs- und Arbeitsrecht
14. April	ONLINE: Update Geringfügige Beschäftigung und Aushilfen
15. April	ONLINE: Online-Marketing und Social Media
17. April	Stressmanagement
21. April	ONLINE: Das aktuelle Reisekosten- und Bewirtungsrecht
21. April	Excel 2019 – II – Methoden der Datenauswertung
22. April	ONLINE: Stolperfalle Geringfügig Beschäftigte – Minijob und Mindestlohn
22. April	Emotionen erkennen - Führung neu denken im Zeitalter von KI
24. April	ONLINE: Ausbilder-Workshop 4: Azubis binden – Onboarding & Retention Management
25. April	Agiles und modernes Projektmanagement
29. April	Die Nebenkostenabrechnung
4. Mai	ONLINE: New Work – Zukunft der Arbeit
5. Mai	ONLINE: Schlagfertigkeitstraining
11. Mai	ONLINE: Canva-Kurs für Fortgeschrittene
11. Mai	ONLINE: Die Kunst des Smalltalks – Beruflich und privat neue Kontakte knüpfen
18. Mai	Marketing Essentials: Vom Basiswissen zur Praxis
20. Mai	ONLINE: Ausbilder-Workshop 2: Future Skills erkennen, passende Azubis auswählen
20. Mai	ONLINE: Workshop Projektmanagement
20. Mai	ONLINE: Der Wohnraummietvertrag
23. Mai	Ausbildung der Ausbilder (AdA) – mündliche Prüfungsvorbereitung für Fachwirte

IHK-Ansprechpartner: Team Weiterbildung, E-Mail: weiterbildung@aschaffenburg.ihk.de, Telefon 06021 880-149

(Kosten: 1-Tages-Seminar 250,00 Euro; 2-Tages-Seminar 500,00 Euro - Abweichungen sind möglich)

Gastwirteunterrichtung / Lebensmittelhygieneschulung

13. April	Lebensmittelhygiene-Schulung nach § 4 LMHV (Kosten 100,00 Euro)
4. Mai	Lebensmittelhygiene-Schulung nach § 4 LMHV (Kosten 100,00 Euro)
13. April	Gastwirteunterrichtung nach § 4 GastG (Kosten 70,00 Euro)
4. Mai	Gastwirteunterrichtung nach § 4 GastG (Kosten 70,00 Euro)

IHK-Ansprechpartnerin: Sabine Heißwolf, Telefon 06021 880-147

Existenzgründung

16. April	Absicherung für Unternehmen und Unternehmer
21. April	Workshop Liquiditätsplanung
13. Mai	Rechtssicher gestalten und handeln
19. Mai	Workshop Finanzplanung

IHK-Ansprechpartner: Thomas Nabein, Telefon 06021 880-134 (Die Gründerseminare sind kostenfrei)

Internationales

1. April	Lieferantenerklärungen in der Praxis
21. April	Grundlagen der Außenhandelsverträge – das Wichtigste für Nichtjuristen
21. April	Warenursprung und Präferenzen
22. April	ONLINE: Exporte in Drittländer
28. April	ONLINE: Umsatzsteuer International – EU-Binnenmarkt und Export, Reihen- und Dreiecksgeschäfte, Dienstleistungen, Sonderfälle; aktuelle Änderungen
29. April	ONLINE: Die Grundlagen der Intrahandelsstatistik

IHK-Ansprechpartner: Team Weiterbildung, E-Mail: weiterbildung@aschaffenburg.ihk.de, Telefon 06021 880-149

IMPRESSUM

IHK Industrie- und Handelskammer Aschaffenburg

Hausadresse	IHK Aschaffenburg Kerschensteinerstraße 9, 63741 Aschaffenburg Telefon 06021 880-0, Telefax 06021 880-22000
Postfachadresse	Postfach 10 01 17, 63701 Aschaffenburg
Internet	www.ihk.de/aschaffenburg
E-Mail	info@aschaffenburg.ihk.de
Herausgeber	Industrie- und Handelskammer Aschaffenburg, Postfach 10 01 17, 63701 Aschaffenburg, Telefon 06021 880-0, Telefax 06021 880-22000
Verantwortlicher Redakteur	Hauptgeschäftsführer Dr. Andreas Freundt, Telefon 880-111
Redaktion	Barbara Hofmann, Telefon 880-117
Redaktionsschluss	5. Januar für die Januar/Februar-Ausgabe; 3. März für die März/April-Ausgabe; 28. April für die Mai/Juni-Ausgabe; 2. Juli für die Juli/August-Ausgabe; 2. September für die September/Oktober-Ausgabe; 3. November für die November/Dezember-Ausgabe Die Mitteilungen der Industrie- und Handelskammer Aschaffenburg „Wirtschaft am Bayerischen Untermain" erscheinen 2026 im 80. Jahrgang
Allgemeiner Hinweis	Aus Gründen der besseren Lesbarkeit ist meist nur die männliche Form genannt. Selbstverständlich werden alle Personen (m/w/d) gleichermaßen angesprochen.
Verleger	Verlag und Druckerei Main-Echo GmbH & Co. KG, Weichertstraße 20, 63741 Aschaffenburg
Erscheinungsweise	Alle zwei Monate. „Wirtschaft am Bayerischen Untermain" ist das offizielle Organ der Industrie- und Handelskammer Aschaffenburg. Der Bezug der IHK-Zeitschrift erfolgt im Rahmen der grundsätzlichen Beitragspflicht als Mitglied der IHK.
Bezugspreis	Bezugsentgelt im freien Verkauf: Jahresabonnement 24,00 Euro. Das Abonnement läuft zunächst ein Jahr ab Bestelldatum und verlängert sich automatisch um ein weiteres, wenn es nicht drei Monate vor Ablauf gekündigt wird.
Anzeigenverwaltung	Verlag und Druckerei Main-Echo GmbH & Co. KG, Weichertstraße 20, 63741 Aschaffenburg Melanie Fecher 06021 396-347 und Lea Fritscher 06021 396-414 Zurzeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 61 vom Januar 2025 gültig. GEPRÜFT
Anzeigenschluss	29. Dezember 2025 für die Januar/Februar-Ausgabe; 26. Februar 2026 für die März/April-Ausgabe; 23. April 2026 für die Mai/Juni-Ausgabe; 25. Juni 2026 für die Juli/August-Ausgabe; 27. August 2026 für die September/Oktober-Ausgabe; 29. Oktober 2026 für die November/Dezember-Ausgabe
Herstellung und Druck	Verlag und Druckerei Main-Echo GmbH & Co. KG, Weichertstraße 20, 63741 Aschaffenburg Gedruckt auf FSC-zertifiziertem Papier

Alle mit Namen oder Signum eines Verfassers gekennzeichneten Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Industrie- und Handelskammer Aschaffenburg wieder. Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

(Belegexemplar erbeten) ISSN 0173-329X



Frauen führen

Erfolgreiche Nachfolge in Familienunternehmen
www.haufe.de (ISBN 978-3-648-18648-0)

Frauen in Führungsrollen – insbesondere in traditionellen Familienunternehmen – sind noch immer nicht die Regel. Um erfolgreich zu sein, müssen sie oft zahlreiche interne und externe Hürden überwinden. Das Buch stellt Geschichten und Erfahrungen bedeutender Unternehmerinnen vor. Sie zeigen, dass es keine universal passenden Lösungen gibt, sondern individuelle Wege zum Erfolg führen. Und sie ermutigen dazu, unternehmerische Verantwortung zu übernehmen und den Weg für kommende Generationen zu bereiten.

Inhalte: Besonderheiten und Handlungsempfehlungen für weibliche Führung; Unternehmensnachfolgen in Deutschland: Die Rolle frauengeführter Unternehmen; Next Generation: Wie Frauen Familienunternehmen zukunftsfähig machen; Vom Männerbund zu Möglichkeitsräumen – Netzwerke als Schlüsselfaktor für erfolgreiche weibliche Nachfolge; Unternehmerische Vision und gelebte Empathie; Einführung einer werteorientierten Unternehmensführung bei der Nachfolge. ■



30 Minuten Teamwork

www.gabal-verlag.de (ISBN 978-3-96739-260-9)

Die Arbeitswelt hat sich noch nie in einem solchen Ausmaß und Tempo gewandelt, wie dies zu Beginn des 21. Jahrhunderts der Fall ist. Vor allem die Digitalisierung, New-Work-Konzepte, die demografische Entwicklung sowie der Einzug von KI in Unternehmen und Behörden verändern massiv die Art und Weise, wie wir zusammenarbeiten. Das Buch erläutert die Veränderungen der neuen Arbeitswelt, beleuchtet die Voraussetzungen für gutes Teamwork und liefert eine direkt umsetzbare Roadmap hin zu einer erfolgreichen, zukunftsfähigen Zusammenarbeit im Team, und zwar unabhängig davon, in welcher Branche und in welchem Fachbereich man tätig ist. ■

Verbraucherpreisindex für Deutschland

Monat	2024	2025	2026
Januar	117,6	120,3	122,8
Februar	118,1	120,8	123,1
März	118,6	121,2	
April	119,2	121,7	
Mai	119,3	121,8	
Juni	119,4	121,8	
Juli	119,8	122,2	
August	119,7	122,3	
September	119,7	122,6	
Oktober	120,2	123,0	
November	119,9	122,7	
Dezember	120,5	122,7	

Basis 2020 = 100

Zum Januar 2023 wurde die Umstellung der Verbraucherpreise auf das neue Basisjahr (jetzt 2020 = 100) turnusgemäß (üblicherweise alle fünf Jahre) vorgenommen. Im Mittelpunkt der Umstellung stand die Aktualisierung des sogenannten Warenkorbs, das heißt die der Statistik der Verbraucherpreise zugrunde liegenden Waren und Dienstleistungen wurden den veränderten Verbrauchsgewohnheiten angepasst. Die Indizes werden jeweils ab Januar des neuen Basisjahres neu berechnet und ersetzen die bis zu diesem Zeitpunkt veröffentlichten Ergebnisse für diesen Zeitraum. Weiter zurückliegende Ergebnisse werden nicht neu berechnet, sondern nur formal auf das neue Preisbasisjahr umgerechnet.



Bereit für eine nachhaltige Veränderung.

Durch gezielte Investitionen gut aufgestellt in die Zukunft.

Mit der Sparkasse und der Deutschen Leasing finden Sie die passenden Finanzierungsmöglichkeiten für die Transformation Ihres Unternehmens.

In Partnerschaft mit:

Deutsche Leasing

www.s-mil.de/nachhaltig-wirtschaften

Weil's um mehr als Geld geht.

Sparkasse Aschaffenburg Miltenberg

JETZT IST DIE ZEIT FÜR IHR ELEKTRISCHES UPGRADE.

NUTZEN SIE IHRE FÖRDERUNG ALS ANZAHLUNG: **BIS ZU 6.000 € FÜR E-FAHRZEUGE.****

BMW iX1 eDrive20



150 kW (204 PS), Neuwagen, Connected Package Professional, DAB-Tuner, Widescreen Display, Parking Assistant, M Hochglanz Shadow Line, Sitzheizung für Fahrer und Beifahrer, Aktiver Fußgängerschutz, u.v.m.

Energieverbrauch kombiniert: 14,3 kWh/100 km (WLTP); CO2-Emissionen kombiniert: 0 g/km (WLTP); CO_2-Klasse: A; Elektrische Reichweite: 514 km (WLTP); Leistung: 150 kW (204 PS); Abbildung zeigt Sonderausstattungen.

38.999,- € [1)] Baraktionspreis

11.373,- € [2)] Ersparnis

UNSER ANPASSBARES FINANZIERUNGSANGEBOT*)

Anzahlung:	**6.000,- €**
Fahrzeugpreis:	38.011,71 €
Sollzinssatz p.a.:	0,99 %
Nettodarlehensbetrag:	32.649,58 €
Bereitstellungskosten:	1.049,- €
Laufzeit:	24 Monate
Effektiver Jahreszins:	0,99 %[3)]
Darlehensgesamtbetrag:	33.273,01 €
zzgl. Zielrate (24. Rate):	30.628,01 €

23x monatliche Finanzierungsrate*: **ab 115,- €**

BMW i4 eDrive35 Gran Coupé



210 kW (286 PS), Neuwagen, Parking Assistant, BMW Live Cockpit Plus, Widescreen Display, Klimaautomatik, M Hochglanz Shadow Line, DAB-Tuner, Connected Package Professional u.v.m.

Energieverbrauch kombiniert: 15,4 kWh/100 km (WLTP); CO2-Emissionen kombiniert: 0 g/km (WLTP); CO_2-Klasse: A; Elektrische Reichweite: 493 km (WLTP); Leistung: 210 kW (286 PS); Abbildung zeigt Sonderausstattungen.

44.599,- € [1)] Baraktionspreis

14.654,- € [2)] Ersparnis

UNSER ANPASSBARES FINANZIERUNGSANGEBOT*)

Anzahlung:	**6.000,- €**
Fahrzeugpreis:	43.499,79 €
Sollzinssatz p.a.:	0,99 %
Nettodarlehensbetrag:	38.202,83 €
Bereitstellungskosten:	1.099,- €
Laufzeit:	24 Monate
Effektiver Jahreszins:	0,99 %[3)]
Darlehensgesamtbetrag:	38.929,- €
zzgl. Zielrate (24. Rate):	35.502,- €

23x monatliche Finanzierungsrate*: **ab 149,- €**

Eichhorn
aller guten Dinge sind zwei.

Autohaus Eichhorn Automotiv GmbH | verkauf@auto-eichhorn.de
Römerstraße 113 | 63785 Obernburg | Telefon (06022) 62 17-0
Lassallestraße 9 | 63897 Miltenberg | Telefon (09371) 40 39-0

*)Repräsentatives Beispiel: Folgende Angaben stellen zugleich das 2/3-Beispiel gem. § 6a Abs. 3 PAngV dar. Ein Finanzierungsangebot/Leasingangebot der BMW Bank GmbH, Heidemannstr. 164, 80939 München, Gültig solange Vorrat reicht, alle Preise inkl. der gegebenfalls gesetzlich anfallenden Umsatzsteuer, Stand 02/2026, inkl. Bereitstellungskosten Sollzins gebunden für die gesamte Vertragslaufzeit, Druckfehler, Zwischenverkauf, Änderungen und Irrtümer vorbehalten. 1) Alle Preise inkl. der gegebenfalls gesetzlich anfallenden Umsatzsteuer; inkl. Bereitstellungskosten. 2) Preisvorteil gegenüber der UPE/UPE = unverbindliche Preisempfehlung des Herstellers, Preisliste Deutschland. Andere Farben, Motorisierungen oder Sonderausstattungen auf Wunsch soweit verfügbar. Angebot inkl. optionaler Shortfall-GAP-Versicherung zur Absicherung der Differenz zwischen Wiederbeschaffungswert und Darlehensrestschuld bei Totalschaden oder Diebstahl sowie optionaler Ratenschutzversicherung (Tod & Arbeitsunfähigkeit). Es gelten die jeweiligen Versicherungsbedingungen. Gesetzliches Widerrufsrecht besteht. 3) Aktionszins nur gültig in Kombination mit GAP-Versicherung.

**Nur für Privatkunden. Die E-Auto-Förderung gilt beim Kauf oder Leasing eines erstmals in Deutschland zugelassenen Neufahrzeugs mit rein batterieelektrischem Antrieb, batterieelektrischem Antrieb mit Range-Extender (REEV) oder Plug-in-Hybrid-Antrieb (PHEV). REEV oder PHEV werden gefördert, sofern die Fahrzeuge bestimmte klimaschutzrelevante Anforderungen erfüllen. BMW übernimmt keine Verantwortung für die Gewährung von bestimmten Förderbeträgen durch den Bund. Weitere Informationen finden Sie unter Bundesumweltministerium.de (insb. die geltenden Bedingungen und Konditionen) und unter bmw.de.

VIELE WEITERE TOP ANGEBOTE FINDEN SIE AUF UNSERER HOMEPAGE – www.auto-eichhorn.de